Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Mittwoch, 22. September 1926 | 6. Jahrgang ★ Nr. 223

Polizei schießt auf Erwerbslose

Blutbad in Breslau – 3 Tote, zahlreiche Verletzte – Die Folgen von Severings Noske-Erlaß
Nun erst recht Kampf dem Silverberg-Kurs! – Rüstet zur mitteldeutschen Erwerbslosenkonferenz!

(Eig. Drahtm.) **Breslau, 22. September.**

Die Breslauer Erwerbslosen veranstalteten gestern im Gesellschaftshaus eine große Kundgebung mit anschließender Demonstration, als Protest gegen die Auflösung des Erwerbslosenrates. Trotzdem die Demonstration nicht verboten war, gaben die Schupooffiziere die Mannschaften gegen die erwerbslosen Massen, angeblich um die Demonstration aufzulösen. Infolge der zusammengedrängten Massen kam es zu Reibereien, was die Schupooffiziere zum Anlaß nahmen, sofort in die Massen schießen zu lassen. Sie schossen auch noch, als die Menge nach dem ersten Schuß fluchtartig auseinanderstob. Bis jetzt wurden drei Tote, zehn Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte festgestellt. Bis in die späten Nachtstunden wütete die Polizei bestialisch in den Straßen von Breslau. Die Erregung unter den sozialdemokratischen Arbeitern ist genau so ungeheuer wie bei den Erwerbslosen.

*

Die gesamte bürgerliche Presse veröffentlicht verlogene Meldungen, wonach die Erwerbslosen die Schupobeamten angegriffen haben. Nichts davon ist wahr. Die Tatsache, daß Tote und Schwerverletzte sich nur unter den Demonstranten befinden, spricht für sich. Das „Berliner Tageblatt“ gibt auch in seiner Darstellung zu, daß die Schupo „nervös“ geworden ist.

In Wirklichkeit ist das Breslauer Blutbad die Folge der systematischen maßlosen Verhetzung der Schupobeamten, wie sie seit Jahren von den monarchistischen Schupooffizieren geführt wird. Der berüchtigte **Noske-Erlaß Severings,** der allen reaktionären Schupooffizieren Blankovollmachten für die Auflösung von Demonstrationen erteilte, hat selbstverständlich statt der angeblich gewünschten Beruhigung nur dazu geführt, daß die Gelüste nach Arbeiterblut gesteigert wurden.

Es ist von größter Bedeutung, daß diese Vorgänge sich in Breslau unter der Amtsführung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten abspielen konnten. Noch haben wir in diesem Augenblick keinen ausführlichen Bericht über den vollen Verlauf der Ereignisse. Es geht aber aus den Tatsachen schon jetzt einwandfrei hervor, daß die Polizei ohne jede Berechtigung den Zug auflösen wollte. Der Severing-Kurs ist in die Praxis umgesetzt worden. Arbeiterblut floß in Breslau. Was ist der politische Sinn des bestialischen Treibens? Das ist nicht schwer zu erraten. **Die Erwerbslosen müssen auf Silverbergs Befehl eingeschüchtert werden und mit ihnen die gesamte Arbeiterschaft.** So wird der Boden für eine prächtige Arbeitsgemeinschaft zwischen den Trustkönigen und den SPD.-Führern und Gewerkschaftsführern vorbereitet.

Erwerbslose, Arbeiter! Wollt Ihr Euch das Recht, auf der Straße zu demonstrieren, von Severing nehmen lassen? Wollt Ihr den Kampf um Arbeit und Brot aufgeben und Euch willenlos mit der immer weiteren Verelendung abfinden?

Wer dies nicht will, hat seine Pflicht zu tun! Die Betriebe, die noch keine Delegierten zur mitteldeutschen Erwerbslosenkonferenz am 26. September in Halle entsendet haben, müssen dies unbedingt nachholen, damit die Erwerbslosenkonferenz einen mächtigen Auftakt zu der Sammlung der Kräfte der geeinigten Arbeiterschaft bilde.

Fort mit der gesamten Polizeireaktion!

Fort mit Noske-Severing!

Verboten, verboten!

(WTB.) **Breslau, 21. September.**

Der Polizeipräsident hat im Anschluß an die Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge bis auf weiteres verboten.

Kämpfe zwischen Polizei und Streikenden in England

Englische Bergarbeiter verhindern Notstandsarbeiten

Polizeiprovokationen in den Bergbaudistrikten

(WTB.) **London, 22. September.**

Eine Polizeitruppe wurde in die westlichen fünf Bergwerksdistrikte ausgesandt, wo es zu neuen Unruhen infolge von Versuchen kam, die Notstandsarbeiter am Betreten der Gruben zu hindern. Bei einem Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt. In dem Bergarbeiterdorf Steeland wurde ein Einsatz mit daran befestigter brennender Lunte auf das Fensterbrett eines Hauses gelegt, das von einem arbeitenden Bergarbeiter bewohnt wurde. Durch eine furchtbare Explosion wurden sämtliche Fensterscheiben des Hauses zertrümmert. Verletzt wurde niemand.

Die Bergarbeiter für die nationale Regelung

(Eig. Drahtmeld.) **London, 22. September.**

Der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaften richtete gestern nach ...stündiger Sitzung einen längeren Brief an Baldwin, in dem der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß die Fortdauer des Streikes ausschließlich durch Regierung und Grubenbesitzer verschuldet sei. Das Ende des Kampfes sei nur möglich, wenn Regierung und Grubenbesitzer erkennen würden, daß die englischen Bergarbeiterorganisationen eine organisatorische Einheit seien und einheitliche Verhandlungen herbeigeführt würden.

Gewisse Aeußerungen Cooks lassen befürchten, daß die Bergarbeiterführer durch die Teilnahmslosigkeit der anderen Gewerkschaften verwirrt und kleinmütig geworden sind, und daß der Kampf nicht mit allen Mitteln so zu Ende geführt werden wird, wie auch die Möglichkeit noch besteht.

Die amtliche englische Meldung

(Reuter.) **London, 21. September.**

Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ist zur Prüfung der Vorschläge der Regierung zusammengetreten und hat dem Premierminister geantwortet, er sei bereit zu Verhandlungen über ein neues Abkommen, halte aber an dem Grundsatz einer nationalen Regelung fest. Die Bergarbeiter wünschten eine ehrenvolle Regelung, sie seien nicht zur Annahme ungerechter Bedingungen gezwungen worden. Wenn die Arbeitslosigkeit durch den Versuch, örtliche Abkommen in Kraft zu setzen, verlängert würde, würden Regierung und Grubenbesitzer die Verantwortung dafür tragen. Man ist der Ansicht, daß diese Antwort die Tür zu neuen Verhandlungen offen läßt. Baldwin wird heute abend eine Besprechung mit dem Vollzugsausschuß der Bergarbeiter haben.

Fuchs Macdonald spricht:

„Sehen Sie meinen prächtigen Schweif, damit gehe ich Mister Chamerlain um seinen glattrasierten Mund, daß ihm nur noch Worte edler Friedfertigkeit entfließen. Damit streichle ich (leider bis jetzt sehr vergeblich) die wilden Bergarbeiter, auf daß sie ethische Sozialisten werden, damit wedle ich so lange, bis mir die jetzt noch etwas sauren Trauben neuer Ministertätigkeit süß und erreichbar geworden sind.“

(Dies treffende Bild ist der Moskauer „Rabotschaja Gaseta“ („Arbeiterzeitung“) entnommen. Die russische Inschrift heißt: „Macdonald“.)

Begeisterter Empfang der Rußland-Delegation in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 22. September.**

Gestern erstattete die Zweite Arbeiterdelegation in Berlin ihren ersten Bericht. Die Versammlungen gestalteten sich zu grandiosen Kundgebungen der organisierten Arbeiterschaft für die Sowjetunion. Das Lehrervereinshaus, in dem um 8 Uhr das Meeting stattfinden sollte, war bereits um 7 Uhr überfüllt. Eine Parallelversammlung war um 8 Uhr ebenfalls überfüllt, so daß große Massen keinen Einlaß finden konnten. **Die Mitgliedschaft der SPD. war sehr stark vertreten, besonders SPD.-Betriebsräte der Groß- und Kleinbetriebe.** Der „Vorwärts“ machte wilde Gegenpropaganda durch Gratisverteilung von Tausenden von Exemplaren der „Vorwärts“-Abendausgabe, die einen Beschimpfungsleitartikel gegen die Delegierten enthielt. Die Berichte der Delegierten wurden trotzdem mit stürmischem Beifall aufgenommen.

„... Wuchtig wirkt die Tatsache“

Vom Arbeiterkorrespondenten Gg. L.

„... Wuchtig wirkt die Tatsache, daß die Spitze des Unternehmertums ein Bekenntnis zum gegenwärtigen Staat und für die Verfassung abgelegt hat.“

Die Schriftleitung des „Proletarier“ (Organ des Fabrikarbeiterverbandes) befindet sich in einer seligen und gehobenen Stimmung. Mit Genugtuung stellt sie fest, daß die Spitze des deutschen Kapitalismus zur Republik gekommen ist, und nicht etwa, wie die sozialdemokratische Frankfurter „Volksstimme“ schreibt, die Republik längst auf den Hund — pardon — zu den Unternehmern gegangen ist.

Wenn es die klassenbewußte Arbeiterschaft bisher gewohnt war, die Reden und Artikel bürgerlicher Politiker und Wirtschaftler eine dialektische „Würdigung“ erfahren zu lassen, d. h. sie einer scharfen Kritik zu unterziehen, so bemühen sich die Gewerkschaftsführer von heute peinlichst, Ausführungen von Exponenten der deutschen Industrie wie Silverberg „nüchtern und real“ zu betrachten, d. h. als absolute und lautere Wahrheit hinzustellen. Das erklärt sich aber nur daraus, daß ihre Grundsätze vom Klassenkampfproblem, die sie ehemals gehabt haben mögen, längst in die Widen gegangen sind. Wahrlich! Die heutige Gewerkschaftsbureaukratie ist ein Symbol des Unglaubens an der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse. Diese „Klassenkampfmüden“ in den Gewerkschaften haben dieselbe Grundeinstellung wie die „Revolutionsmüden“ in der SPD. „Wir“, als „Führung“ der deutschen Arbeiterklasse“ stellen fest, daß die Werbekraft des Sozialismus ungeheuer zurückgegangen ist, daß der Glaube an den Sieg des Proletariats uns „abhanden gekommen“ ist — wenn auch nur uns Gewerkschaftsbonzen! Und so suchen diese Leute neue Theorien und Bundesgenossen beim Klassenfeind.

Das mit einer guten Nase ausgestattete Unternehmertum kennt seine Freunde von „links“. Es hat die pessimistische „Kampfesstimmung“ des ADGB. zur rechten Zeit erkannt und ergreift die Initiative. Es beginnt durch einen seiner Sprecher in lieblichen Fanfarentönen zu verkünden, daß sie, die Unternehmer, an die „vertrauensvolle und zukunftsreiche Zusammenarbeit der gewaltigen Kräfte, die in unserem Volke Unternehmertum und Arbeiterschaft darstellen“ glauben (Silverberg auf der Jahresversammlung der deutschen Industriellen in Dresden). Die Politik des Unternehmertums und der Leineifer des ADGB. begegnen sich wieder einmal. Im Vorübergehen ergreifen sie die dargebotene Hand, flüstern sich gegenseitig ins Ohr und treffen sich auf der Dresdner Tagung der Industriemagnaten. Leipart und wie sie alle heißen, reden sich oder uns ein, daß die „Einführung des Sozialismus“ nur mit Hilfe des Unternehmertums möglich sei.

Wir stehen gegenwärtig vor der Sachlage, daß **die Politik der Industriellen zur Theorie der Gewerkschaftsbureaukratie wird,** aus der dann in synthetischer Form eine dem Proletariat schmackhafte **Politik erstehen soll.** Eine für die gesamte Arbeiterklasse gefährliche Politik, der die Kommunistische Partei und die Gewerkschaftsopposition das größte Augenmerk entgegenbringen muß. Die grundsätzliche Stellung der Marxisten zum Klassenkampfproblem bedarf weder Lockerungen noch „Verbesserungen“.

Gegen die steigende wirtschaftliche und politische Versklavung beginnt sich die Arbeiterklasse zu formieren. Ideologisch hat sie — wenigstens der überzeugteste Teil — die Harmoniedusele zwischen Kapital und Arbeit überwunden. Anders die Führung des ADGB. Sie befindet sich auf politisch-wirtschaftlichen Entdeckungsreisen. Die „Kritiken“ an den auf der Dresdner Industriellen-Tagung gehaltenen Reden in einem großen Teil der Gewerkschafts- und SPD.-Presse legen dafür ein beredtes Zeugnis ab. **In diesem Zusammenhange macht es sich notwendig, festzustellen, daß es einem Selbstbetrug gleichkommt, jemandem glauben machen zu wollen, daß in bezug auf die wirtschaftspolitische Ideologie zwischen Gewerkschaftsführung und SPD. irgendwelche Differenzen bestehen. Deshalb ist es auch müßig, hier die Frage zu beantworten, wer in der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Schieber und wer der Geschobene ist. ADGB. und SPD. übertrumpfen sich in ihrem Verrat am Klassenkampf gegenseitig.**

Betrachten wir uns z. B. nur einmal die Stellungnahme des „Proletarier“ in seiner Nr. 38, in dem Leitartikel zur Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Dieser Artikel beweist die ganze Unfähigkeit der Schriftleitung, den Reden kapitalistischer Wirtschaftler kritisch zu Leibe zu rücken. Oder aber, **er beweist die „Fähigkeit“ der Schriftleitung und des Hauptvorstandes des DFV., der Wiederaufnahme der Arbeitsgemeinschaftspolitik unter noch schlechteren Bedingungen als früher den Weg zu ebnen.** Nur spielen sie dann die Rolle des politischen Schweinetreibers gar zu schlecht. Getreu ihrem Grundgedanken: **„Die Zukunft Deutschlands liegt in der Arbeitsgemeinschaft“, in der Schaffung eines „gesunden Wirtschaftslebens“,** das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0001

eine ungehinderte Durchführung der Rationalisierung voraussetzt", befolgen die kleinen und großen Leiparts das System des politischen Leisetreters. Sie halten sich die Türen nach hinten und nach vorn offen, wie das ja bei jeder Kulissenschieberei notwendig ist. Wirklich! Eine mehr als erbärmliche Rolle.

Entschieden klarer als die „Kritik" der Schriftleitung des „Proletarier" an der Silverbergschen Rede ist die im Auszug gebrachte Rede Silverbergs selbst. Das sieht wahrscheinlich auch die Redaktion ein, denn sie hat seiner Rede bald eine ganze Spalte eingeräumt. Doch täuschen wir uns nicht! Es steckt System dahinter: **Die Arbeiterklasse soll sich mit den lieblichen Tönen der Beherrscher des Wirtschaftssystems vertraut machen.** Die Proleten sollen glauben — wenigstens scheint das der fromme Wunsch der Schriftleitung zu sein —, daß die deutschen Unternehmer doch gar nicht die schlechten Kerle sind, als die sie in der politischen Presse der Gewerkschaftsopposition angeprangert werden. Diese Methode, angewandt zu einer Zeit, in der die Silverberg in den Betrieben Massenentlassungen vornehmen und ganze Betriebe stillegen, richtet sich selbst.

Doch kommen wir auf den Artikel im „Proletarier" zurück. Mit Befriedigung (kommentarlos) sind im „Proletarier" die Dankesworte der deutschen Industrie an Legien und Ebert in den Vordergrund des Redeauszuges gestellt. Kommentarlos wird der Teil der Rede gebracht, der sich gegen den revolutionären Klassenkampf wendet, der die „Eingriffe in den natürlichen Ablauf wirtschaftlichen Geschehens" verurteilt. Großindustrie und Gewerkschaftsbureaukratie sind sich in der Verurteilung — lies Vernichtung — der Revolution einig. Wir nehmen diesen erneuten Beweis für unsere früheren Feststellungen zur Kenntnis, werden jedoch nicht vergessen, unsere Schlüsse daraus zu ziehen!

In der Frage der sozialen Fürsorgepflicht des Staates, sowie in der Frage der Arbeitsbeschaffung legt die Redaktion ein ziemliches Maß von politischer Naivität an den Tag. Sie glaubt, das deutsche Unternehmertum belehren zu können. Interessant ist der Schluß des ganzen Artikels:

„Ringt sich der Standpunkt der Spitze des Reichsverbandes (gemeint ist der republikbejahende Standpunkt) durch, so können die wirtschaftlichen Kämpfe in weniger scharfen Formen als seither ausgetragen werden. Wir müssen aber auch gestehen (man scheint sich dieses Geständnis mühsam abgerungen zu haben !): Unsere Hoffnung ist verschwindend klein. Deshalb (!) müssen wir nach wie vor bestrebt sein, unsere Organisation groß und stark zu machen."

Also nur deshalb, liebe Schriftleitung des „Proletarier", weil Eure Hoffnung noch etwas klein ist, müssen wir bestrebt sein. unsere Organisationen groß und stark zu machen? O nein! Mag Eure Hoffnung wie das Thermometer steigen oder fallen, das ist uns Arbeitern einerlei. Aus Eurer reformistischen Ideologie ziehen wir nur die eine Schlußfolgerung, **daß wir mit verstärktem Eifer an die Liquidierung dieser gefährlichen Politik der Gewerkschaftsführung herangehen müssen.**

Mit etwas mehr Kritik als sie im „Proletarier" zu finden ist, nimmt F. K. in der „Metallarbeiter-Zeitung" zu der Industriellen Tagung Stellung. Aber auch in diesem Artikel werden wir den Eindruck nicht los, daß der Artikelschreiber und der Hauptverstand des DMV. daran glauben, „daß die maßgebenden Kreise des deutschen Unternehmertums sich jetzt zur Republik bekennen", und zwar zu einer Republik mit „Wirtschaftsdemokratie", wie sie sich das vorstellen. Republik — was willst du noch mehr? Ist erst einmal der theoretische Kopf des deutschen Unternehmertums zur Republik gekommen, dann wird ihm der Schwanz auf dem Fuße folgen. — Oder doch nicht?

Das Angebot der deutschen Industrie, die sozialistische Arbeiterschaft gnädigst mitregieren zu lassen, wobei, beiläufig bemerkt, Silverberg unter „sozialistischer Arbeiterschaft" — zu unserer Ehre — bestimmt nicht die revolutionäre Klassenkampfpartei, die KPD. und auch nicht die Gewerkschaftsopposition versteht, bleibt eine platonische Erklärung mit einem allerdings sehr durchsichtigen Zweck. Wir brauchen die Arbeiterschaft auf die Absichten der Industriekönige nicht erst aufmerksam zu machen. Das Angebot ist das Gnadengeschenk der Konterrevolutionäre im Bürgertum an die Konterrevolutionäre im Arbeiterlager, gegeben für die hilfsbereiten Lakaiendienste der Gewerkschaftsbureaukraten und der Wels und Breitscheid bei der Niederknüppelung der Revolution, für die Handlangerdienste bei den Wiederaufbauversuchen des Kapitalismus. Ein Geschenk nicht zuletzt auch für die treuen Dienste im Abwürgen des Kampfes gegen die Rationalisierung. Die Unternehmer werden die Totengräber der Revolution — „ich nenne hier, sie und uns ehrend, die Namen Legien und Ebert . . ." (Silverberg) ein ehrendes Andenken bewahren.

Wuchtig wirkt die Tatsache . . . .!

Im Zeichen des deutsch-französischen Eisenpakts

Das französische Kabinett für den deutsch-französischen Block

Die gestern aufgetauchten Meldungen über Gegensätze im französischen Kabinett inbezug auf die Beziehungen zu Deutschland haben sich nicht bewahrheitet. Der Ministerrat hat ein Kommunique ausgegeben, in dem die Abmachungen zwischen Briand und Stresemann begrüßt werden. Die französische Regierung ermächtigt Briand zur Fortsetzung der Verhandlungen.

Was folgt daraus? Erstens ist anzunehmen, daß **Stresemann Versprechungen abgegeben hat, die eine neue finanzielle Belastung Deutschlands bedeuten wird. Die Werktätigen Deutschlands sollen den bankrotten französischen Haushalt mit ihren Steuergroschen** sanieren und dafür wird Frankreich das besetzte Gebiet teilweise oder gänzlich räumen, damit unseren Deutschnationalen der Weg in die Regierung erleichtert werde.

Der wirtschaftliche Hintergrund der Bündnispolitik besteht im deutsch-französischen Eisenpakt. Gleichzeitig mit der Meldung über den Beschluß des französischen Ministerrats trifft die Nachricht ein, daß Belgien seinen bisherigen Widerstand gegen die Abmachungen in bezug auf einen internationalen Eisenpakt zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg aufgegeben habe. Das geschah unter dem Druck der Eisen- und Stahlkönige in Rheinland-Westfalen und in Elsaß-Lothringen. Nicht Poincaré und Stresemann, sondern der rheinisch-westfälische Montantrust und das französische Hüttenkomitee bestimmen die Linie der Außenpolitik. Auch der mächtige deutsche Chemietrust hat die deutsch-französische Annäherung aus verschiedenen Gründen anscheinend unterstützt. Erstens werden die Abmachungen dem Chemietrust die Eroberung des französischen Marktes ermöglichen, zweitens befindet sich der deutsche Chemietrust in einer gewissen Kampfstellung gegenüber England.

88 Typhus-Todesopfer in Hannover

(WTB.) Hannover, 22. September.

Heute morgen betrug die Zahl der an Typhus Erkrankten 1721, die der Todesfälle 88.

*

Typhuserkrankungen wegen verseuchten Wassers auch im Saargebiet

Nach einer Blättermeldung aus Saarbrücken ist in dem kleinen saarländischen Orte Jabach Typhus ausgebrochen, dessen Ursache in den schlechten Wasserverhältnissen zu suchen ist.

Bernburger Kaliarbeiter im Kampf gegen die Rationalisierung

Bernburg 21. September.

In dem Chlorkaliwerk Solvayhall wurde heute die gesamte Belegschaft von 230 Mann entlassen, weil sie die Forderung der Fabrikleitung, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten, namentlich Akkordarbeit zu leisten, nicht schriftlich anerkennen wollte. Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts sind im Gange.

*

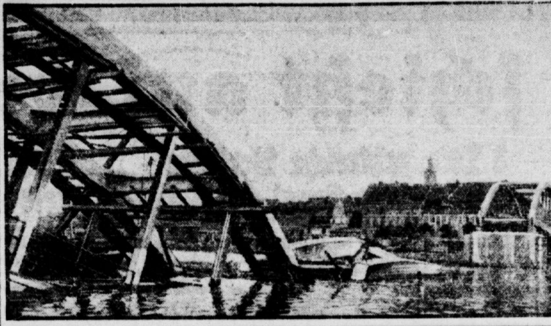
Gerade die Rationalisierung in der Kaliindustrie ist am schärfsten durchgeführt worden. Mehr als die Hälfte aller Kaliwerke ist stillgelegt worden. Trotzdem übersteigt die heutige Produktion die Kaliförderung jener Zeit, wo noch alle Betriebe arbeiteten. Dies ist nur möglich gewesen durch eine besonders raffinierte Ausbeutung der Kaliarbeiter. Es ist bezeichnend, daß gerade die Kaliarbeiter gegen eine weitere Anerkennung der mörderischen Akkordsätze Sturm laufen und lieber auf die Straße gehen, als noch weiter unter diesen Bedingungen zu arbeiten. Die Bernburger Kaliarbeiter sind ein Beispiel dafür, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, den **Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung aufzunehmen.** Sie müssen ein Vorbild für die ganze Arbeiterschaft werden. Gelingt es durch Geschlossenheit der Bernburger Belegschaft die alten Akkordsätze abzuschaffen, wird das auch für die übrigen Kalibetriebe ein Antrieb sein, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Meuternde Soldaten in Holland singen die Internationale

Die Offiziere schießen — Tote und Verwundete

Assen, (Nordholland), 21. September.

Gestern abend haben sich in der Garnison Assen ernste Zwischenfälle mit Reservisten des dortigen 12. Infanterie-Regiments ereignet, wobei es zu Schießereien kam und ein Teil der Kaserneneinrichtung zertrümmert wurde. Bei den Schießereien wurden ein Unteroffizier getötet und verschiedene Soldaten verwundet. Ueber die in Frage kommenden Truppenteile ist Kasernen-Arrest verhängt worden. Eine weitere Meldung besagt, daß die Vorfälle ihren Anfang in der Militärkantine in Assen nahmen. Die durch die schlechte Behandlung empörten Reservisten gaben ihrer Empörung in der Kantine Ausdruck. Darauf wurde ein Wachtkommando herbeigerufen, das die Kantine räumen sollte. Die Mannschaften verweigerten den Gehorsam. Darauf wurde ein Teil der Mannschaften verhaftet und zur Räumung der Kantine geschritten. Der Regimentskommandeur, der inzwischen selbst das Kommando über die Wache übernommen hatte, wurde von den Aufrührern beschimpft und mit Steinen beworfen, worauf die Wache auf die Aufrührer scharf schoß. Die Unruhen setzten sich sodann in den Kasernen selbst fort. Die meuternden Soldaten sangen die Internationale.



Der Brückeneinsturz bei Gartz

Während vorgestern der Betonmeister Firch nach längerer Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt in Stettin verhaftet wurde, ist er gestern abend wieder entlassen worden. Seine Aussagen belasteten vor allen Dingen die Ingenieure, die bei der Brückenreparatur beteiligt waren. Da man aber Ingenieure als Mitglieder der herrschenden Klasse nicht gerne verhaftet, wird plötzlich eine **bis dahin** bejahte Schuldfrage für nicht mehr gegeben **angesehen.** — Wie bürgerliche Blätter melden, sind auch die beiden letzten Todesopfer des Brückeneinsturzes — es waren im ganzen vier Arbeiter — durch Taucher geborgen worden.

Hamburger Schandspruch abgelehnt

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 22. September.

Die Hafenarbeiter haben den Schiedsspruch, der die alte Arbeitszeit und die alten Löhne verlängert, abgelehnt. Die Hafenarbeiter verlangen eine 20prozentige Lohnerhöhung, Abschaffung aller Ueberarbeit und insbesondere Aufhebung der Ueberschichten, die oft zu einer 16stündigen ununterbrochenen Arbeit zwangen.

Vier Bergleute verschüttet — zwei tot!

Wattenscheid, 21. September.

Auf der Zeche „Fröhliche Morgensonne" wurden am Montagabend, kurz nach 9 Uhr, vier Bergleute durch hereinbrechende Kohlenmassen verschüttet. Zwei von ihnen wurden lebend geborgen, einer von ihnen erst nach dreizehnstündiger Rettungsarbeit. Die beiden anderen Arbeiter wurden heute vormittag als Leichen zutage gefördert. Die Geretteten waren schwer verletzt, doch besteht keine Lebensgefahr.

Deutschlands Außenhandel im August

Der deutsche Außenhandel zeigt im August einen Einfuhrüberschuß von 86 Millionen Mark gegen 108 Millionen Mark im Juli und 33 Millionen Mark im Juni. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist weiter um 8 Millionen gestiegen. Die Fertigwareneinfuhr zeigt eine geringe Steigerung um zwei Millionen Mark. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist um weitere 7 Millionen Mark gestiegen, wovon der größte Teil auf die Kohlenausfuhr fällt (Streikbrecherkohle). Bei der Ausfuhr von Fertigwaren ist ein Rückgang um 8 Millionen Mark zu verzeichnen. Die gesamte Wareneinfuhr hatte einen Wert von 919 Millionen Mark, die Ausfuhr von 839 Millionen Mark.

Die Veränderungen gegnüber dem Monat Juli sind demnach nicht bedeutend. Fest steht, daß die internationale Konkurrenz und die hohen Schutzzölle den Ausdehnungsbestrebungen der deutschen exportierenden Industrie anscheinend feste Grenzen auferlegen und daß in dieser Beziehung eine gewisse Stabilität zu verzeichnen ist. Neue Ausfuhrmöglichkeiten ergeben sich nur durch die Verbindung mit Sowjet-Rußland. Die wirkliche Ausnutzung dieser Verbindung wird aber durch die übermäßigen Preisaufschläge der deutschen Unternehmer stark gehemmt.

Eine bürgerliche Stimme über Max Hoelz

Anläßlich der Tatsache, daß vor kurzem die Gemeindebehörden von Groß-Strehlitz die Ueberführung von Max Hoelz aus dem Groß-Strehlitzer Zuchthaus in eine andere Strafanstalt verlangten, um diesen unangenehmen, immer rebellierenden und nicht unterzukriegenden proletarischen politischen Gefangenen los zu sein, äußert sich die Berliner bürgerliche Wochenschrift „Das Tagebuch" u. a. wie folgt über seinen Fall:

„Daß Hoelz unvergessen ist, verdankt er vor allem seiner tapferen Haltung vor Gericht, die auch den Gegnern seiner politischen Ansichten und seiner romantischen Aktionen im Vogtland einen unauslöschlichen Eindruck machte. Um so stärker wirkt sich aus, daß die Verurteilung von Hoelz zu lebenslänglichem Zuchthaus nicht nur von seinen kommunistischen Gesinnungsgenossen als ein krasses Unrecht betrachtet wird. Ein Unrecht war, daß Hoelz wegen der Ermordung des Gutsbesitzers Heß verurteilt wurde, trotz der offenkundigen Mängel des gegen ihn geführten Indizienbeweises und trotz der bewiesenen Behauptung, daß seine Intervention vielen Gefangenen des Hoelzschen Trupps das Leben gerettet hat. Ein Unrecht war vor allem, daß die Vergehen von Hoelz nicht als politische Straftaten, als Akte eines „Ueberzeugungsverbrechens" beurteilt wurden. Hoelz ehrlose Gesinnung zuzusprechen, wär ein Falschspruch, ihn zu lebenslänglichem Zuchthaus zu verurteilen, war ein Fehlurteil. Er durfte wegen Aufruhrs und der Vergehen, die damit in Zusammenhang standen, zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt werden, nicht mehr. Und das Rechtsgefühl hätte gefordert, daß bei Bemessung seiner Strafe die Milde berücksichtigt wurde, die bei den politischen Verbrechen Rechtsstehender Anwendung fand. Die Forderung, daß Hoelz amnestiert wird, die seine kommunistischen Freunde vor dem Groß-Strehlitzer Zuchthaus täglich erheben, ist unter diesen Umständen gewiß nicht unberechtigt."

Sogar linksbürgerliche Elemente müssen jetzt den Klassenspruch, der gegen Max Hoelz gefällt wurde, zugeben. Umso eifriger muß die deutsche Arbeiterklasse unermüdlich ihren Ruf fortsetzen: **Heraus mit Max Hoelz!**

Wieder ein Rücktritt des chinesischen Kabinetts. Nach einer Blättermeldung aus Peking ist das Kabinett zurückgetreten. Man erwartet, daß **Tschangtsolin das neue Kabinett bilden werde.**

Militärunruhen auch in Amsterdam

Amsterdam, 21. September.

Gestern abend kam es auf dem Ede-Platz zu einem **ähnlichen Zwischenfall wie in Assen.** Als einige Mannschaften wegen Beleidigung eines Majors verhaftet werden sollten, rottete sich ein **stärkerer Trupp zusammen,** der die **Freilassung der Festgenommenen verlangte.** Die herbeigerufene Militärpolizei stellte schließlich die Ruhe wieder her.

Vor neuen Militärrevolten in Spanien

Paris, 21. September.

Nach den neuesten Meldungen aus Spanien dauert dort der **Alarmzustand** fort. Man erwartet eine **heftige explosive Entladung** der Gegensätze. Die **Offiziersbünde** sollen an den König ein **Ultimatum** gestellt haben, in dem sie von der Regierung **Straflosigkeit für sämtliche Artillerieoffiziere** fordern. Auch die Artillerieoffiziere des Marokko-Heeres sollen in einer Eingabe die gleiche Forderung an den König erhoben haben und drohen, widrigenfalls alle um ihre **Entlassung nachzusuchen.** Gleichzeitig kommen Meldungen über die **schlechte militärische Lage** und starke Verluste der spanischen Expeditionskolonne in **Westmarokko.**

Aussöhnung zwischen Pilsudski und den Witos-Faschisten

Warschau, 21. September.

Der Finanzminister Klarmer gab in der gestrigen Sitzung des Sejms einen Bericht über die Wirtschaftslage, in dem er besonders auf die **erfreulich hohe Kohlenausfuhr** hinwies. Zwischenrufe der Linken wiesen darauf hin, daß dies den **Streik der englischen Bergarbeiter** zur Ursache habe. — Die äußerste Rechte hat gegen den Innenminister und den Unterrichtsminister Mißtrauensanträge eingebracht. Nachdem aber Pilsudski in den letzten Tagen **den letzten in Haft befindlichen Witos-Minister freigelassen hat,** rechnet man damit, daß der Hauptteil der polnischen Rechten bei der entscheidenden Abstimmung umfallen und für die Regierung stimmen wird.

Englisch-italienischer Block gegen deutsch-französisches Bündnis

(Eig. Drahtmeld.) Rom, 22. September.

Amtlich wird bestätigt, daß in Kürze eine Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini stattfinden wird, die sich hauptsächlich mit einer englisch-italienischen Zusammenarbeit in der Tanger-Frage beschäftigen wird. Es ist dies die zweite direkte Besprechung nach der Begegnung der beiden Minister im Dezember vorigen Jahres, wo die Aufteilung Abbessiniens von England und Italien festgelegt wurde.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Sprengstoffexplosion — faschistisches Munitionslager. Nach einer Blättermeldung aus Allenstein explodierten in der Nähe von Grünwald zwei Kisten mit Munition. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer schwer und sechs leicht verletzt. Kisten — Munition — Ostpreußen? Das riecht in der Tat nach faschistischen Waffenlagern. Heraus mit der Sprache!

Noch keine Terminfestsetzung im Fall Jürgens. Zu den Meldungen, daß der Prozeß gegen das Ehepaar Jürgens im Oktober vor dem Stettiner Landgericht stattfinden werde, erfährt das „Berliner Tageblatt", daß bisher überhaupt noch nicht feststeht, ob der Prozeß das Stettiner Landgericht beschäftigen wird. Es ist immer noch möglich, daß die Angelegenheit in Stargard zur Verhandlung kommt.

Ein SPD.-Abgeordneter gestorben. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Fischer ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Begnadigungen. Alle an den Unruhen der Winzer in Bernkastel beteiligten und verurteilten Personen sind mit Bewährungsfrist begnadigt worden.

Radbruch legt sein Reichstagsmandat nieder. Wie verlautet, wird Professor Radbruch, der frühere Reichsjustizminister, bei Antritt seines Lehramtes für Strafrecht an der Universität Heidelberg sein Mandat als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter niederlegen, da die Ausübung der Dozenten-Tätigkeit ihm wenig Zeit für größere politische Arbeiten übrig lassen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0002

Wirtschaftliche Rundschau

Nr. 16 – Mittwoch, den 22. September 1926

22.9.26

Die Verschuldung der deutschen Reichsbahn

Das Schacherobjekt für Briand und Stresemann

(Informationsmaterial)

Die deutsch-französischen Verhandlungen, die in Genf ihren Anfang nahmen, haben von Briand folgende Grundlage erhalten: Deutschland kann in dem Maße einen Abmarsch der Franzosen aus dem Rheinland erwarten wie es über die Dawes-Verpflichtung hinaus Barzahlungen an Frankreich leistet. Die Form solcher Barzahlungen denkt man sich so, daß ein Teil der deutschen Eisenbahnobligationen flüssig gemacht wird.

Auf Grund des Dawes-Planes hat die deutsche Reichsbahngesellschaft ein Grundkapital von 15 Milliarden Goldmark. Es zerfällt in 5 Milliarden Stammaktien und in zwei Milliarden Vorzugsaktien.

Die Stammaktien sind im Besitz des deutschen Reichs, sie haben weder für die Finanzen, noch für die Verwaltung der Bahngesellschaft irgendwelche Bedeutung. Wichtiger sind schon die zwei Milliarden Vorzugsaktien. Falls die Gesellschaft sie verkauft, entfällt nämlich auf je 500 Millionen Mark Vorzugsaktien ein Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Falls die Gesellschaft genötigt wäre, die zwei Milliarden Vorzugsaktien ins Ausland zu verkaufen, würden die fremden Aktionäre damit vier Sitze im Verwaltungsrat erhalten. Gegenwärtig sind von den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrates neun von der deutschen Regierung und neun von den Reparationsgläubigern ernannt. Die vier Sitze für die Vorzugsaktionäre müßte aber die Reichsregierung abgeben. **Durch geschickte Manöver mit den Vorzugsaktien könnte sich also das ausländische Kapital die absolute Mehrheit im Verwaltungsrat sichern.** Freilich innerhalb der Reichsbahnverwaltung zwischen den Vertretern des fremden und des deutschen Großkapitals kein Konkurrenz gewesen, sondern beide Gruppen haben einmütig im Dorpmüller-Kurs zusammen gearbeitet.

Kein finanziell sind freilich die Vorzugsaktien kein Papier, das zum Ankauf verlockt. Das Statut der Reichsbahngesellschaft bestimmt nämlich vor, daß der Betriebsüberschuß in erstere Linie zur Verzinsung und Tilgung der Obligationen zu verwenden ist. Die Aussicht, daß die Vorzugsaktien jemals eine nennenswerte Dividende bringen, besteht nicht. Die Vorzugsaktien könnten also nur ein Instrument für machtpolitische Versuche sein. In den ersten vier Dawes-Jahren stand der Reichsregierung der Erlös aus dem Verkauf von 500 Millionen Mark Vorzugsaktien zu. Statt dessen ist die Reichsbahn der Regierung direkt 500 Millionen Vorzugsaktien überwiesen. Die Reichsbahn hat aber ein Rückkaufsrecht.

Viel wichtiger sind die sogenannten **Reparationsschuldverschreibungen der Reichsbahngesellschaft. Diese Eisenbahnobligationen haben einen Wert von 11 Milliarden Goldmark.** Zu ihrer Deckung dient eine Hypothek, die auf dem gesamten Besitz der Reichsbahngesellschaft liegt. Die Obligationen sind jährlich mit fünf Prozent zu verzinsen, sie sollen **vom vierten Jahre des Dawes-Planes an,** allmählich getilgt werden. Man hat im Dawes-Plan in Aussicht genommen, daß die Tilgung bis zum Jahre 1964 vollendet sein soll. Die Obligationen wurden den Reparationsgläubigern Deutschlands übergeben, in ihrem Namen hat ein Treuhänder die Papiere empfangen. Die Zinsen dieser Obligationen sind das Hauptstück der Reparationspflicht Deutschlands. Vom vierten Dawes-Jahr an ist der volle fünfprozentige Verzinsung der 11 Milliarden aufzubringen plus ein Prozent Tilgung. Das sind zusammen sechs Prozent = 660 Millionen Goldmark. Für die drei ersten Jahre des Dawes-Planes war der Zinsendienst der Eisenbahnobligationen herabgesetzt. Für das erste Jahr wurden nur 200 Millionen Goldmark verlangt, für das zweite Jahr 595 Millionen, für das dritte Jahr 550 Millionen.

Augenblicklich ist daher die Situation folgende: Die Eisenbahnobligationen sind in der Hand der Entente, vertreten durch den Reparationsagenten bzw. durch den Treuhänder, und die Eisenbahn zahlt die Zinsen auf. Daneben sieht aber der Dawes-Plan bereits die Möglichkeit vor, daß die Reparationskommission im Auftrag der Ententemächte die Obligationen auf den Markt bringt. Die Zinsverpflichtung bleibt selbstverständlich genau dieselbe, mag die Reparationskommission die Obligationen in der Hand haben, oder sind ein Bankhaus in Neuyork oder in Berlin.

Die Reparationskommission könnte einen Teil der Eisenbahnobligationen an das deutsche Reich verkaufen, oder an irgendwelche deutsche Kapitalisten des In- oder Auslandes. Trotz der unerhörten Belastung der deutschen werktätigen Bevölkerung mit Steuern ist es aber undenkbar, daß die Reichsregierung aus eigenen Beständen einen Betrag von zwei bis drei Goldmilliarden aufbringen könnte, oder daraus eine entsprechende Menge von Eisenbahnobligationen ankaufen. Auf der anderen Seite ist die fünfprozentige Verzinsung kein genügender Anreiz für die amerikanischen Kapitalisten, um in verhältnismäßig kurzer Frist einige Goldmilliarden in diesen Papieren anzulegen. Es bliebe ein Ausweg ungefähr folgender: Das deutsche Reich würde dennoch selbst als Käufer der Eisenbahnobligationen auftreten, aber das Reich würde sich die Mittel dazu durch Auslandsanleihen besorgen, die selbstverständlich viel höhere Zinsen als fünf Prozent (einschließlich aller Provisionen) kosten würden. Die gesamte Belastung für Verzinsung, Tilgung, Provisionen usw., eines Betrages von vielleicht drei Goldmilliarden würde aber doch der Masse der deutschen Steuerzahler aufgebürdet werden. Auf jeden Fall wird also bei der Verständigung Briand-Stresemann der deutsche Arbeiter als Steuerzahler der Leidtragende sein.

Gelingt es wirklich, auf diese Art eine Summe von etwa drei Milliarden flüssig zu machen, so kann Frankreich nach dem Verteilungsschlüssel für Reparationszahlungen davon etwas über die Hälfte beanspruchen. Die Summe von über anderthalb Milliarden Goldmark wäre selbstverständlich der französischen Staatskasse bei der heutigen Inflationsgefahr äußerst willkommen. Dafür könnte man die Besatzungsfrist des Rheinlandes erheblich abkürzen. Die **ganze Operation muß aber die Verschuldung Deutschlands außerordentlich steigern und damit die Lebenshaltung des deutschen Proletariats noch weiter herabdrücken.**

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im August

Steigende „Rationalisierung"

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte im August 1926 eine Braunkohlenförderung von 7 625 453 Tonnen (Vormonat 7 734 501 Tonnen), eine Briettherstellung von 2 019 771 Tonnen (Vormonat 2 047 477 Tonnen) und eine Kokserzeugung von 38 298 Tonnen (Vormonat 38 454 Tonnen). Gegenüber dem Vormonat zeigt demnach die Rohkohlenförderung einen Rückgang von 1,4 Prozent, die Briettherstellung von 1,5 Prozent und die Kokserzeugung von 0,4 Prozent. Der August hatte 26 Arbeits- und 31 Kalendertage, der Juli 27 Arbeits- und 31 Kalendertage. **Es betrug demnach die arbeitstägliche Produktion an Rohkohle 293 287 Tonnen (Vormonat 286 463 Tonnen), an Briketts 77 683 Tonnen (Vormonat 75 981 Tonnen) und an Koks 1235 Tonnen (Vormonat 1240 Tonnen). Die arbeitstägliche Produktion zeigt demnach gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 2,4 Prozent bei Rohkohle und 2,2 Prozent bei Briketts. Der Koks weist einen Rückgang von 0,4 Prozent auf.**

•

Aus den obigen amtlichen Angaben geht unzweifelhaft hervor, daß die arbeitstägliche Förderung im Monat August weitere Fortschritte gemacht hat. Da während derselben Zeit die Zahl der Belegschaft keine Vermehrung erfuhr, sondern im Gegenteil, wenn auch nur in geringem Maße, weiter zurückgegangen ist, so folgt hieraus, daß die Arbeitsleistungserhöhung weitere Fortschritte gemacht hat. Von Lohnerhöhung hört man aber nichts.

Warum nicht? Eine offenbar von den Braunkohlenkapitalisten verbreitete Pressemitteilung lautet: **„Die Stimmung war zwar im allgemeinen ruhig,** doch erzeugten die hohen Versicherungsbeiträge auf Grund des neuen Reichsknappschaftsgesetzes **unverkennbare Unzufriedenheit** in der Belegschaft."

Man sieht, die Braunkohlenbarone merken sehr gut die „Unzufriedenheit der Belegschaft". Sie versuchen nun, diese Unzufriedenheit einseitig auszulegen und nur auf die hohen Versicherungsbeiträge zurückzuführen. Zweifellos sind die letzteren mit ein Grund zur Unzufriedenheit, aber weitaus nicht der alleinige Grund. Die Unzufriedenheit, d. h. die Erbitterung der Arbeiterschaft, hat auch andere Gründe: Die Elendslöhne, das Antreibesystem, die verlängerte Arbeitszeit. Es gilt, den Unternehmern zu zeigen daß die Empörung der Arbeiter sich nicht mit ihren faulen Ausreden erledigen läßt.

Erwerbslose und Betriebstätige

suchen die gemeinsamen Maßnahmen zur Beschaffung von Brot und Arbeit auf der Bezirkserwerbslosen-Konferenz am Sonntag in Halle und

nehmen Stellung zum Landeskongreß der Werktätigen

Starke Belebung in der Eisenindustrie

Die deutsche Eisenindustrie verzeichnet gegenwärtig eine Konjunkturbelebung, wie sie seit langer Zeit nicht da war. Besonders die Roheisenerzeugung weist in den jetzt veröffentlichten Augustziffern eine bedeutende Steigerung auf:

	Juli 1926 To.	August 1926 To.	Monatsdurchschnitt 1925 To.
Hämatit-Eisen	50 640	31 543	65 339
Gießerei-Roheisen	94 375	99 426	92 090
Bessemer-Roheisen	—	—	80
Thomas-Roheisen	474 889	569 182 (!)	480 016
Stahleisen, Spiegeleisen, Ferromangan, Ferrosilizium	146 647	149 190	127 695
Puddel-Roheisen	1 311	967	682
Sonstiges Eisen			
	767 862	**850 208**	**765 901**
Durchschnittliche arbeitstägliche Gewinnung	**24 769**	**27 426**	**24 706**

Die Roheisengewinnung bis August ist also gegenüber Juli um 10,7 Prozent gestiegen und hat damit ungefähr wieder die Höhe der Roheisengewinnung vom Juli vorigen Jahres, also vor dem Einsetzen der Wirtschaftskrise, erreicht. Die Leistung bleibt nur noch um rund 14 Prozent gegenüber dem März 1925, dem besten Monat der Nachkriegszeit zurück. Die besonders bedeutende Steigerung der Thomas-Eisen-Erzeugung beweist, daß auch die Stahlwerke besser beschäftigt sind. Die Leistungsfähigkeit der Hochöfen wurde zu 54 Prozent ausgenutzt (im Vormonat 49 Prozent).

Auch die Gießereien und Halbfabrikate-Werke des Stahltrusts sind sehr gut beschäftigt. Die Anlagen der Thyssen-Werke sind zurzeit in Röhren zu etwa 90 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit besetzt und in Formeisen, Stabeisen und Halbzeug schwankt die Beschäftigung zwischen 70 und 80 Prozent. Auch die anderen großen Konzerne, wie Hoesch usw. verfügen über gute Auftragsbestände. Von Bedeutung ist, daß diese Konjunkturbelebung durchaus nicht zum größten Teil auf den englischen Bergarbeiterkampf zurückzuführen ist. Wenn auch der Ausfall der englischen Eisenindustrie den ersten Anstoß zur Konjunkturbelebung in der deutschen Eisenindustrie gegeben haben dürfte, so spielen doch unter den gegenwärtigen Auftragsbeständen die englischen Bestellungen nur noch eine relativ geringe Rolle. Zu einem gewissen Teil dürfte die sich so überraschend entwickelte Konjunktur in der Eisenschwerindustrie durch die sich günstig entwickelnden Verhandlungen über die Bildung eines kontinental-europäischen Eisenpaktes erklären. Die Konsumenten in aller Herren Länder fürchten eine bedeutende Preissteigerung als Auswirkung dieses internationalen Eisenkartells und wollen sich noch beizeiten zu den heutigen Weltmarktpreisen mit Eisen und Eisenfabrikaten versehen. Die Belebung der westdeutschen Eisenschwerindustrie hat bereits einen derartigen Umfang genommen, daß sie auch auf den Kohlenabsatz in günstigem Sinne einwirkt.

Welches auch die tieferen Ursachen dieser Konjunktur sein mögen, sie sind im wesentlichen nur **vorübergehender Natur,** was ja schon daraus hervorgeht, daß **die Maschinenindustrie und die großen inländischen Eisenkonsumenten lange nicht eine so ins Gewicht fallende Besserung der Absatzverhältnisse verzeichnen können.** Mit der Beendigung des englischen Bergarbeiterkampfes, mit der Festsetzung höherer Weltmarktpreise durch ein zustandegekommenes internationales Eisenkartell muß auch die deutsche Eisenindustrie wieder neue Einschränkungen erfahren. Daraus lassen sich wichtige Schlüsse für die **Gewerkschaftstaktik des Metallarbeiterverbandes** ziehen, der gerade in der westdeutschen Metallindustrie eine Lohnbewegung durchführt. Er muß aus dieser wirtschaftlichen Lage den Schluß ziehen, daß die gegenwärtige Konjunktur nur kurze Zeit Gelegenheit gibt, auf die Unternehmer einen bedeutenderen Druck auszuüben. Der DMV. muß also in der gegenwärtigen Lohnbewegung jedes Aufschiebenbleiben mit allen Mitteln verhindern und energisch eine sofortige **durchgreifende Lohnerhöhung** durchzusetzen versuchen. Nur wenn er im gegenwärtigen Augenblick rasch, zielbewußt und entschlossen eingreift, wird der DMV. in der Lage sein, die augenblicklich bestehende Konjunktur in der westdeutschen Schwerindustrie zu seinen Gunsten auszunutzen.

Der deutsche Chemietrust in Amerika

Am 16. September haben sich die einflußreichsten Direktoren der IG. Farbenindustrie A.-G. nach Amerika begeben, darunter u. a. Geheimrat Bosch, der Vorsitzender ihres Vorstandes ist, der Vertreter des Chemietrusts im Reichsverband der Industrie, Geheimrat Duisberg und Geheimrat Schmitz, der gewissermaßen der Finanzdirektor der IG. Farbenindustrie ist. Der Zweck der Reise ist vor allem, mit einigen großen amerikanischen Trusts die Beziehungen enger zu knüpfen und auf diese Weise die internationale Machtstellung des deutschen Chemiekapitals zu verstärken.

Die von der IG. Farbenindustrie vor kurzem aufgenommene „Köln-Rottweil A.-G." ist ein Teilstück des internationalen Sprengstoffkonzerns, dessen mächtigste Gruppe die Dupont-Fabriken in den Vereinigten Staaten sind. Diese amerikanische Gruppe verfügt nicht nur über ungeheure Kapitalien, die nahezu ebenso bedeutend sind, wie die des deutschen Chemietrusts, sondern sie ist auch durch mancherlei Fäden mit wichtigen amerikanischen Bankgruppen und dem großen amerikanischen Auto-Konzern, der „General-Motors Corporation" verbunden. Der deutsche Chemietrust hat nicht nur die deutschen Werke des internationalen Sprengstoffkonzerns sich angegliedert, sondern ist also darüber hinaus bestrebt, auch die großen wichtigen internationalen Kartellbeziehungen der deutschen Sprengstoffgruppe zu übernehmen und sich nutzbar zu machen.

Der andere Trust, mit dem das deutsche Chemiekapital durch seine Amerikareise festere Beziehungen anknüpfen will, ist die „Standard Oil Gruppe", die jetzt mit großer Energie betriebene Einrichtung von Anlagen, zur Erzeugung künstlicher Oele und Benzine machen für den deutschen Chemietrust Vereinbarungen entweder mit der englischen oder amerikanischen Oelgruppe erforderlich. Der Chemietrust hat schon seit Jahresfrist mit beiden Gegnern angebandelt; es scheint aber so, als ob sich das deutsche Chemiekapital nunmehr doch für die amerikanische Karte entschieden hat. Diese Einstellung stimmt auch durchaus überein mit der Haltung des deutschen Chemiekapitals bei den Differenzen zwischen den Erzeugern künstlichen Stickstoffs und der chilenischen Salpeterindustrie, die sich völlig im englischen Besitz befindet. Hier hat die deutsche chemische Industrie jede Konzession an das englische Finanzkapital abgelehnt.

Die Anknüpfung solcher industrieller Bündnisse, ist ebenso wie die Verhandlung über die Bildung eines kontinental-europäischen Eisenpaktes ein Teil der imperialistischen Bündnispolitik. Erst schließen die großen Trustmagnaten und Bankherren imperialistische Schutz- und Trutzbündnisse gegen die anderen Gruppen ab und dann müssen die ihnen ergebenen Regierungen diese Bündnisse in die außenpolitische Sphäre überlegen. Die letzten Vorgänge innerhalb des Völkerbundes sind ein beredtes Beispiel für die Geschwindigkeit, mit der sich neue imperialistische Kriegsbündnisse aus den immer schärfer gegeneinander prallenden wirtschaftlichen Interessen der großen Trustkapitalisten herausbilden. Das Proletariat aber, das sowohl das Opfer der Kriegs- als auch der „Friedens"-Politik des imperialistischen Trustkapitals ist, muß sich gegen die drohenden Gefahren rechtzeitig wappnen. Es kann nicht besser gegen die Vorbereitung neuer Kriege sich zur Wehr setzen als dadurch, daß es mit voller Kraft den Kampf aufnimmt gegen die eigenen Trustherren, gegen die eigenen Kapitalisten.

Stickstoff gegen Salpeter

Zwischen dem deutschen Stickstoffsyndikat, das vom Chemietrust beherrscht wird, und der Chilisalpeter-Industrie, fanden kürzlich Verhandlungen über die Ausschaltung des internationalen Wettbewerbs zwischen künstlichem Stickstoff und dem Chilisalpeter statt. Immer mehr hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß der in großen Mengen produzierte Stickstoff dem natürlichen Produkt an Qualität durchaus gleichwertig, trotzdem aber wesentlich preiswerter ist. Nachdem nunmehr die Aufnahme der Mischdünger-Produktion durch den Chemietrust unmittelbar bevorsteht, befürchten die chilenischen Salpeter-Kaufleute, daß sie nunmehr von dem deutschen Chemiekapital vollständig an die Wand gedrückt werden.

Soweit man aus den Pressemeldungen ersehen kann, sind diese Verhandlungen vollständig gescheitert und zwar dadurch, daß das deutsche Chemiekapital auch nicht die geringste Konzession zu machen bereit war. Diese Tatsache ist nicht nur von wirtschaftlichem, sondern auch von erheblichem politischen Interesse. Die gesamten chilenischen Salpeterfelder sind nämlich in Wirklichkeit Besitz englischer Großkapitalisten, und der Schlag, den das deutsche Chemiekapital gegen die natürliche Salpetererzeugung führt, trifft in Wahrheit die englischen Finanziers der chilenischen Salpeterindustrie. Die Unversöhnlichkeit des deutschen Chemietrusts zu dieser Frage zeigt erneut, daß das deutsche Chemiekapital sich in seinen Interessen viel enger an Frankreich als an England anzuklemmen genötigt ist. In welcher Form der Kampf zwischen dem Chilisalpeter und dem künstlichen Stickstoff weitergeführt werden wird, ist noch nicht zu überblicken. Wahrscheinlich darf der größte Teil des englischen Kapitals, das in Chile angelegt ist, als verloren gelten.

Vor einem deutschen Waggontrust

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" meldet:

„Zwischen den bedeutendsten Waggonfabriken, und zwar Linke-Hofmann-Lauchhammer, Waggonfabrik van der Zypen & Charlier in Köln, Talbot Eisenbahnwaggonfabrik in Aachen, Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch in Bautzen, Gothaer Waggonfabrik A.-G. in Gotha, Waggonfabrik A.-G. Uerdingen und Eisenbahnverkehrsmittel A.-G. in Berlin, schweben, wie die „Kölnische Zeitung" erfährt, Verhandlungen, die einen engen Zusammenschluß dieser Unternehmungen hinsichtlich ihrer Erzeugung zum Ziele haben. Der Zusammenschluß soll in Form einer völligen Verschmelzung der Werkzeugen Firmen erfolgen, und zwar unter Gründung einer neuen Aktien-Gesellschaft.

Inzwischen die Verschmelzungs-Verhandlungen Stillegungen einzelner Betriebe zur Folge haben werden, steht noch nicht fest." (!)

Der Mansfeld-Konzern baut neue Fabriken. Die Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb beabsichtigt auf der Gottesbelohnungshütte bei Großörner eine neue Schwefelsäurefabrik zu errichten. Das ist wahrlich eine Gottesbelohnung, wie sie sich gottesfürchtige Kapitalisten vorstellen.

Die mitteldeutschen Großgrundbesitzer kaufen Fabriken. Die Malzfabrik Schulz & Comp. in Könnern ist von einem Konsortium landwirtschaftlicher Großgrundbesitzer erworben worden. Solche Tatsachen sind Signale für die steigende Kapitalsanhäufung bei den mitteldeutschen Agrariern. Der Preiswucher mit Lebensmitteln erlaubt es ihnen, ihre Betriebe überall auszudehnen und ihre Wucherprofite in Industrieunternehmungen anzulegen.

Neue Stillegungen in der Kaliindustrie. Das zum Konzern der Deutschen Kaliwerke gehörende Kaliwerk Neubleicherode am Südharz kündigt „infolge Absatzmangels" die Stillegung vom 18. Oktober an.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0003

Rosa Bergers Wandlung

45]

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Glösa

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

Ein Frevel der chauvinistischen Presse Deutschlands war es, den teuren Bundesgenossen in seinen Kriegsgelüsten auf das Aeußerste anzustacheln, und sonder Zweifel hat auch Herr Bethmann Hollweg Herrn Berchthold seine Rückendeckung zugesagt. Aber in Berlin spielt man dabei ein genau so gefährliches Spiel wie in Wien."

Also sprachen maßgebende Parteiführer noch eine Woche vor der Kriegserklärung von einem Spiel, wußten am 25. Juli auch noch, daß es sich um ein überaus gefährliches Spiel handelt, aber schon am 4. August beteiligen sie sich daran, Arm in Arm mit der Bourgeoisie. Wahrscheinlich nach Zeilmanns Grundsatz: Wenn Kinder spielen, so forscht man nicht lange darnach, ob das Spiel gefährlich ist, sondern spielt mit. In unserer Sprache übersetzt heißt das: „Wenn die besitzende Klasse einen Krieg begonnen hat, so forscht man nicht mehr darnach, ob er nur in ihrem Interesse geführt wird, sondern macht mit, weil diese Klasse zum deutschen Volke gehört." Das ist die Logik von Leuten, die das deutsche Volk um jeden Preis über die Arbeiterklasse stellen; die Logik von Leuten, die entweder aus dem Bürgertum zu uns übergelaufen sind oder die Logik der proletarischen Renegaten, die zur bürgerlichen Gesellschaft überlaufen wollen. Auf keinen Fall aber ist es die Logik derer, die nicht überlaufen können, die Last ihrer Klasse tragen und ihre Leiden auskosten müssen, nachdem sie endgültig erfahren mußten: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können nur wir selber tun."

Impulsiver Beifall unterbrach den Redner. Dann aber rief einer der Anhänger Zeilmanns: „Das sind ja Phrasen, was Du da erzählst!"

„Warte nur ab", antwortete Seidel, „Du wirst noch am eigenen Leibe spüren, welche harte Wahrheit in diesen Phrasen steckt. Aber, Genossen", so wendete sich Seidel wieder an die Versammlung, „was kann für Euch bei einem Sieg der deutschen Bourgeoisie herauskommen? Seid Ihr wirklich so einfältig, zu glauben, sie würde die Kriegsbeute mit Euch teilen? . . . Voltaire hat einmal, nicht wörtlich, aber dem Sinne nach geschrieben: „Wenn man einen Buckligen heilen wollte, müßte ihm der Buckel abgeschnitten werden, und das geht nicht, ohne daß er stirbt dabei." Dieses Wort können wir anwenden und sagen: „Wer von einem Bourgeois verlangen wollte, er solle freiwillig einen Teil seiner Ausbeute abgeben, verlangt von ihm genau so viel wie er von jenem Buckligen verlangen würde." Und ich frage Euch, hat die besitzende Klasse den Beweis erbracht, daß sie den Krieg nicht auf Eure Kosten führen und gewinnen will?? Hat sie Eure Löhne freiwilli gesteigert, die Preise der Lebensmittel entsprechend niedrig gehalten und sich bereit gezeigt, gemeinschaftlich mit Euch ihr Leben für den Sieg Deutschlands einzusetzen?"

Lautes Lachen antwortete auf diese Fragen.

„Euer Lachen, Genossen", ging Seidel darauf ein, „ist in der Tat die einzige mögliche Antwort. Die deutsche Bourgeoisie träumt nicht einmal von der Art Patriotismus, den uns nüchtern Genosse Zeilmann plausibel machen will. Wie soll sie auch dazu kommen, gemeinsam mit uns Proleten den Heldentod zu riskieren, wo sie doch Gelegenheit findet, durch Heereslieferungen dem Staate nach allen Regeln der traditionellen Gaunerei Riesengewinne abzunehmen? Die Herren der besitzenden Klasse beschaffen sich vorn- und hintenherum Unabkömmlichkeitsscheine, aber nicht etwa, um gemeinsam mit uns Heeresbedarf zu produzieren, sondern nur, um damit zu schachern, die Arbeiterschaft im erhöhten Maße im Kriegstempo auszubeuten; nicht also, um an der äußeren Front zu kämpfen und gegebenenfalls zu krepieren, sondern um an der vaterländischen Wirtschaftsfront zu profitieren. Wohl finden sie bei ihren sogenannten vaterländischen Kundgebungen und in der bürgerlichen Presse hhoe nationale Töne, aber nicht zur Anregung ihres eigenen Heroismus, sondern nur als Begleitmusik zu ihrem politischen Gimpelfang. Die Bourgeoisie denkt zum Beispiel auch nicht daran, ihre Lebenshaltung einzuschränken. Im Gegenteil. Sie bestellt telephonisch, läßt sich Vorräte ins Haus bringen und stapelt Küche und Keller voll, während die Arbeiterfrauen vor und in den Läden in Reihen stehen und nach Stunden froh sein müssen, wenn sie wieder für eine Mahlzeit einkaufen konnten. Die Bourgeoisie lebt noch immer ihr Parasitenleben, während die Arbeiterschaft, soweit sie nicht die Ehre hat, das Vaterland für sie zu verteidigen, Ueberstunden leisten, also mehr arbeiten, und weniger essen soll. Aber wir entrüsten uns moralisch nicht darüber, denn die besitzende Klasse tut nur, was ihr gemäß ist und vertritt die Interessen ihrer Klasse nur in dem Maße, in dem es ihr die Arbeiterklasse gestattet. Sie gestattet zurzeit bekanntlich alles, weil ihre Führer, wie wir soeben aus dem Munde des Genossen Zeilmann gehört haben, alle diese schauderhaften Zustände als, sage und schreibe, echten und guten Sozialismus ansehen.

Wieder lachten viele Zuhörer und die Frauen begannen diesbezügliche Beispiele ihrer Erfahrung zu erzählen, so daß eine lebhafte Unterhaltung entstand, die der Vorsitzende erst dämpfen mußte, bevor Seidel weitersprechen konnte.

„Und", fuhr er fort, „würde Deutschland den Krieg gewinnen, so wäre er trotz riesiger Verluste nur ein Vorspiel gewesen zu einer großen Völkertragödie. Genau so nämlich, wie die französischen Nationalisten seit 1871 den Revanchekrieg vorbereiteten, nur noch eifriger und eiliger würden diesmal die Besiegten den neuen Krieg vorbereiten, denn Deutschland wäre dann ein derart militarisierter und gefährlicher Staat, daß er die ganze Welt gegen sich aufbringen und gegen sich vereinigen würde. Es liegt doch, wie wir wissen, im Wesen des Imperialismus, die Völker solange aufeinander zu hetzen, bis er das internationale Proletariat befähigt und zwingt, dem wahnsinnigen imperialistischen Treiben ein Ende zu setzen durch die soziale Revolution. Wer das weiß, muß immer an jenen heiligen Schwur denken, der auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart 1907 beschlossen und vom Internationalen Kongreß zu Basel 1912 bestätigt wurde. Es heißt dort: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

„Nun fragen wir, was ist von uns getan worden, diesen Schwur zu halten. Ich spreche erst von der deutschen Sozialdemokratie, weil sie bis zum Krieg die größte, politisch reifste und vorbildliche Partei der Internationale war, auf die sich die Augen der Arbeiter der ganzen Welt fragend und vertrauend richteten; sie also die höchste Verpflichtung der Internationale gegenüber hatte. Denn es ist doch beschämend, mit welchen fadenscheinigen Argumenten Arbeiterführer wie Zeilmann hausieren gehen. Ich denke an die erwähnten englischen Kellner. Während wir nichts erfahren über die wahre Stimmung der Millionen englischen Industriearbeiter, wird uns groß die Geschichte aufgetischt von den paar hundert englischen Kellnern, die ohne Zweifel auch nur deshalb so chauvinistisch sind, weil sie ebenso falsch unterrichtet und belogen werden, wie wir in Deutschland von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. Wir wissen ja, die Kellner gehören hinsichtlich ihres Klassenbewußtseins nicht zur Elitetruppe der Arbeiterschaft, denn ihr Beruf erzieht sie schon zur Servilität, Lakaienhaftigkeit und Kriecherei. Aber es ist bezeichnend, daß Zeilmann diese Kellner stolz als seine Kronzeugen gelten läßt, während er nur Geringschätzung übrig hat für jene mutigen russischen Genossen, die sich lieber ins Gefängnis werfen ließen, als daß sie die Kriegspolitik ihrer Regierung unterstützte. Zeilmann behauptet freilich, sie hätten keine Macht.

(Fortsetzung folgt.)

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. An alle Zellengruppenleiter! Wichtiges Material sofort vom Parteibureau abholen.
Seeben. Mitgliederversammlung Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gasthof.
Ammendorf. Gewerkschaftskursus Donnerstag, 23. Sept. Die für Mittwoch, 22. Sept., angesetzte Sitzung der Agitpropabteilung des Saalkreises fällt aus.
Seeben. Mitgliederversammlung Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Schkeuditz. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr 2. Kursusabend. Auch die Genossen, die am ersten Abend nicht teilgenommen haben, sind verpflichtet, zu erscheinen.
Mücheln-Neumark. Mittwoch, 22. September, abends 8 Uhr, in Gehüfte im Gewerkschaftshaus gemeinschaftliche Sitzung der kommunistischen Gemeindevertreter aller Gemeinden des oberen Geiseltals.
Schkeuditz. Gewerkschaftskursus findet am Mittwoch, 22. Sept., bei Silber statt.
Schkeuditz. Funktionärversammlung Mittwoch, 23. Sept., abends 8 Uhr, im Bahnhofslokal. Referent der BL. anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Hettstedt. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Thema: Warum Rußlanddelegationen? Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Ermsleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Sept., abends 8 Uhr, im Lokal Pape, Linsleben. Referent der UBL. ist anwesend. Auch Meisdorf hat bestimmt zu erscheinen.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Elsterwerda. Mitgliederversammlung für die Orte Krauschütz, Elsterwerda und Biehla Donnerstag, 23. September, abends 8 Uhr, in der „Quelle". Thema: Stadtorganisation. Referent Genosse Holzweißig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Stadtverordnetenfraktion. Heute abend 8 Uhr Fraktionssitzung in der „Kaffeeschänke". Genossen können daran teilnehmen.

Unterbezirk Wittenberg

Annaburg. Mittwoch, 22. Sept., 8 Uhr, gemeinsame Versammlung mit der Ortsgruppe Plossig und der Partei. Referent Gen. Fritz, Halle.
Plossig nimmt am Mittwoch an der Versammlung in Annaburg teil.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch, 22. Sept., politischer Diskussionsabend.
Mückenberg. Donnerstag, 23. September, Fragezetteldiskussion.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Stadtgruppenversammlungen Donnerstag.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Donnerstag, 23. Sept., 8 Uhr, Beteiligung an der Gewerkschaftsjugend im Jugendheim.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr. Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. **Telephon 29012.**

Untergau Halle-Saalkreis

Abteilungsvorstände. Heute abend in der „Goldenen Kette" wichtige Sitzung.
Halle. Abt. 2, Süden. Spielleute Donnerstag, 23. Sept., Uebungsstunde. Treffpunkt ½7 Uhr Ecke Schlosserstraße.
Böllberg-Wörmlitz. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr, Schmidts Lokal Funktionärsitzung. Marken abrechnen.
Böllberg-Wörmlitz. Freitag, 24. September, 8 Uhr, bei Rauschenbach, Wörmlitz, Pflichtversammlung.
Ammendorf. Freitag, 24. Sept., 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Die Unterkassierer sind verpflichtet, bis spätestens Freitag abend sämtliche Mitgliedsbücher abzuliefern.
Rietleben. Freitag, 24. Sept., 8 Uhr, „Sonne" Mitgliederversammlung.

Jungfront

Halle. Abteilung 3, Jungfront. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr, „Fröhlicher Zecher" Versammlung. (Torgau-Fahrt.)

Untergau Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung der Spielleute „Funkenburg", danach Ueben.
Merseburg. Freitag, 24. Sept., Mitgliederversammlung „Stadt Leipzig".
Merseburg. Jungfront. Sonnabend, 25. Sept., „Stadt Leipzig" Jungfrontversammlung.
Lauchstädt. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig" Mitgliederversamml.
Querfurt. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus" Thaldorf außerordentliche Mitgliederversammlung.

Untergau Sangerhausen

Untergaukonferenz in Sangerhausen. Sonntag, 26. September, vormittags 9 Uhr, Untergaukonferenz in Sangerhausen.

Untergau Delitzsch

Gieſen. Mittwoch, 22. Sept., Mitgliederversammlung.
Delitzsch. Mittwoch, 22. Sept., abends 8 Uhr, „Lindenhof" Sitzung des Vorstands und Gruppenführer. (Generalversammlung.)
Delitzsch. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, Generalversammlung.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 23. Sept., 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Mitgliederversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 22. Sept., 7 Uhr, Antreten der Ortsgruppe am Rosalikyweg. Vollversammlung.

Untergau Zeitz

Untergaukonferenz in Zeitz. Sonntag, 26. Sept., vorm. 10 Uhr, „Herberge", findet eine Untergaukonferenz statt. Alle Ortsgruppen haben nach dem bekannten Wahlmodus Delegierte zu entsenden. (Neuwahl der Untergauleitung.)

KJVD

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473

Mitteilungen der Bezirksleitung. Am Sonntag, 10. Oktober, findet unsere Bezirkskonferenz statt. Zur näheren Information ergeht ein Rundschreiben an alle Ortsgruppen.
Bezirksausschuß. Sitzung am Sonnabend, 9. Okt., abends 6 Uhr in Halle, Produktiv.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Nord. Für alle Funktionäre! Mittwoch, 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.
Halle. Musikübungsstunde Mittwoch, 8 Uhr, Jugendherberge. **Beteilige sich jeder** Genosse, welcher Instrumente besitzt.
Halle. Gruppe Süd. Donnerstag, 8 Uhr, Loests Hof, Gruppenabend. **Thema:** Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Referent Genosse Willi.
Halle. Gruppe Westen. Freitag, 8 Uhr, Jugendherberge, gemeinsamer Gruppenabend mit der Roten Jungfront. Thema: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Grabow.
Halle. Gruppe Zentrum. Freitag, 8 Uhr, Lokal Boese, Bergstraße 4, Gruppenabend. Thema: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Willi.
Halle. Gruppe Nord. Freitag, 8 Uhr, „Volkspark" Gruppenabend. **Thema:** Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Benling.
Achtung, Holzarbeiter. Sonnabend, 8 Uhr, „Volkspark" Jugendsektionsversammlung. Jeder im DHV. Organisierte hat zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 22. Sept., Gruppenabend.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, 22. Sept., 8 Uhr, „Lindenhof". **Thema:** Englischer Bergarbeiterstreik.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Mittwoch, ½6 Uhr, auf dem Sanganger Uebungsstunde des Spielmannszuges.
Zeitz. Mittwoch, 22. Sept., Sitzung der Zellen Lenin-Hölz.
Zeitz. Donnerstag, 23. Sept., Sitzung der Zellen Liebknecht-Luxemburg.

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude, Markt 24, befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung neuer Baufluchtlinien für die im östlichen Bebauungsplan vorgesehene Straße 05 und für die Straße 03 an der Einmündung der ersteren 3394

Halle a. d. S., den 17. September 1926 **Der Magistrat**

Stadt-Theater
Heute Mittwoch 8 Uhr **Der Freischütz**
Donnerstag, 8 Uhr **Kritz-Britz**

Wecker-Uhren in groß. Auswahl v. 3,50 Mk. an nur bei **Amand Weiss** Kleinschmieden 6

F. v. Zither m. N. z. v. Schwetschkestr. 41, p.

Kaufe **Kanarien hähne u. Weibchen** zu hohen Preisen **W. Schulle,** Posadowskystraße 16. Tel. 23380

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstr. 27 Telephon 21107

Bekanntmachungen

Der Arbeitersekretär Max Lademann (Wahlvorschlag 2, Kommunistische Partei Deutschlands) ist infolge Verlegung seines Wohnsitzes nach Halle a. d. S. aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschieden.

Für den Ausgeschiedenen tritt der nach dem betreffenden Wahlvorschlage nächstfolgende Bewerber, Hüttenmann Otto Wessel, Ramtorstraße 12, als Ersatzmann in die Stadtverordneten-Versammlung ein.

Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung beim Magistrat Einspruch erheben.

Eisleben, den 17. September 1926

*3392 **Der Magistrat**

Der Studiendirektor Albert Biallowons (Wahlvorschlag 4 nationaler Bürgerring) hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt.

Die Reihenfolge, in der die noch vorhandenen Bewerber des bezeichneten Wahlvorschlages zu berufen sind, ist durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages in Gemäßheit der Bestimmungen im § 8 des Gemeindewahlgesetzes wie folgt geändert worden:

Wahlvorschlag 4, nationaler Bürgerring:

17. Wölbing, Willy, Bauwerkmeister, Nußbreite 3
18. Brandt, Paul, Arbeiter, Gerbstedter Straße 8
19. Kaiser, Georg, Gärtnereibesitzer, Klosterplatz 6
20. Burchhardt, Ernst, Kaufmann, Hallesche Straße 67
21. Dr. von Grabowski, Paul, prakt. Arzt, Hallesche Straße 23
22. Rennert (verstorben)

23—26 unverändert

Hiernach tritt der Bauwerkmeister **Willy Wölbing** als Ersatzmann in die Stadtverordneten-Versammlung ein.

Gegen diese Feststellung kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung beim Magistrat Einspruch erheben *3393

Eisleben, den 17. September 1926

Der Magistrat

Die gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes für den Stadtkreis Eisleben aufgestellte Urliste derjenigen Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt **vom 23. bis 29. d. M.** während der Dienststunden im Zimmer 12 des Rathauses zu jedermann Einsicht öffentlich aus.

Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste können innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich oder zu Protokoll bei uns angebracht werden.

Eisleben, den 21. September 1926

*3391 **Der Magistrat**

Achtung! Ausschneiden!

Aenderung der Telephon-Anschluß-Nummern ab 12. September 1926

Wir sind zu erreichen durch Anruf:

Produktiv-Genossenschaft .	22251
Verlag Klassenkampf . . .	21047
Redaktion Klassenkampf .	21045
KPD. (Bezirksleitung) . .	21473
Rote Hilfe	24425

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14

Lypstadt A.G. Frankfurt a.M.

Ossi Oswalda 5 ₰

Der deutsche Raucher will eine leichte, milde aber aromatische Zigarette
Unsere Ossi Oswalda trifft diesen Geschmack!

Ledersohlen Gummiabsätze billig bei 142 **Wilh. Kranig** Neue Promenade 15

Schallplatten Armada 0,56 Derby 2,00 sämtliche Nummern am Lager **H. Müller** Große Märkerstr. 3 Leipziger Str. 18

Verzogen nach Felsenstraße 22, I, r. Frau **M. Moritz,** Hebamme

Konsumverein für Ammendorf und Umgegend
e. G. m. H.

Donnerstag, den 30. September 1926, abends 7½ Uhr, im Saale des Herrn Heim zu Ammendorf

ordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1925/26
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrats, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
3. Anträge der Mitglieder gemäß § 13 des Statuts
4. Verschiedenes

Der Aufsichtsrat
i. A. Karl Haring

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte! *3389

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen, erfahrenen, kautionsfähig.

Oberbäcker

Schriftliche Offerten sind bis Montag, den 27. d. M. bei uns einzureichen

Konsum-Verein Osmünde u. Umg.
e. G. m. b. H.

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen**

Achtung!

Erkläre hiermit sämtliche umlaufenden Gerüchte für unwahr und werde gegen die Urheber derselben strengstens vorgehen

Halle, Schmiedstr. 22

Fritz Busch

Dank

Auf diesem Wege danken wir allen denen, die unserem lieben Vater die letzte Ehre erwiesen haben. Herzlichen Dank dem Feuerbestattungs- und Freidenkerverein für die schöne und erhebende Grabrede, sowie dem Roten Frontkämpfer-Bund für die Totenwache und letzte Ehrung, der KPD. und dem Baugewerkschaftsbund.

Dich, lieber Vater, werden wir nie vergessen!

Teuchern, den 20. Sept. 1926

Die trauernden Hinterbliebenen
Fritz Seiler nebst allen Angehörigen

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sage ich auf diesem Wege meinen verbindlichsten Dank für die reichen Blumenspenden beim Heimgange unserer teuren Entschlafenen. Besonders Dank dem Genossen Vogel für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie der Fa. Mitteldeutsche Industriewerke, Merseburg und allen Kollegen des Betriebes für die Unterstützung und schöne Kranzspende. Dank auch allen Kollegen der Baustelle Ortskrankenkasse, Weißenfels, sowie der Sportvereinigung „Achilles v. 1890" für die schöne Kranzspende

Halle a. S., Schmiedstraße 22

Fritz Busch und Kinder
nebst allen Angehörigen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Herausschmiß der Kommunisten aus dem Bergarbeiterverband auf Anordnung Dr. Silverbergs

Beitrag zur Reichskonferenz am 26. September

Auf der Generalversammlung in Saarbrücken hatte Husemann berichtet, daß im Laufe des letzten Jahres 70 Bergarbeiter aus dem Verbande ausgeschlossen worden sind; der größte Teil davon wegen oppositioneller Tätigkeit. Er stellte weiter fest, daß **der Verband im Laufe der Berichtsperiode 61 000 Mitglieder verloren hat.** Diese sind ohne Zweifel aus dem Verbande ausgetreten auf Grund der scharfmacherischen Ausschlußtätigkeit Husemanns und seiner Getreuen. Damit aber nicht genug. Husemann setzt seine Ausschlußtätigkeit auch nach der Generalversammlung fort. So berichten die letzten Nummern der „Bergarbeiterzeitung" **wiederum über den Ausschluß einer Reihe Kameraden in Essen und Castrop,** darunter die Kameraden A. Zacher, Wilh. Metzen und Fridolin Jakobi. Was haben sich nun diese Kameraden zuschulden kommen lassen?

Der Bezirksleiter Graf von Essen stellte gegen die Kameraden einen Ausschlußantrag, weil sie sich angeblich an einer Fraktionsbildung der Kommunistischen Partei beteiligt haben sollen. Der auf Grund des § 7 des Statuts eingesetzte Untersuchungsausschuß konnte

Landarbeiter, nehmt Stellung zur einer 20 prozentigen Lohnerhöhung!

Zwingt die Gauleitung zur Vertretung Eurer Interessen bei den schwebenden Verhandlungen!

den Kameraden die Teilnahme an einer Fraktionssitzung nicht nachweisen, deshalb nicht, weil eine solche nur im Gehirn von Graf und seinen Spitzeln existierte und von ihnen nur erfunden war, um einen Anlaß zur Einreichung eines Ausschlußantrages zu haben. Trotzdem kam der Ausschuß, weil er sich in seiner Mehrheit aus Graf ergebenen Subjekten zusammensetzte, zu dem Beschluß, den Ausschluß der drei Kameraden beim Vorstande zu beantragen.

Jeder müßte nun annehmen, daß der Vorstand einer nicht beweisenen Behauptung keinen Glauben geschenkt und den Ausschlußantrag abgelehnt hätte. Aber weit gefehlt! Die drei Kameraden wurden ausgeschlossen und ihr Ausschluß folgendermaßen begründet:

„Der Beschluß war notwendig, weil der Vorstand den von einer nahestehenden politischen Partei, der KPD., erstrebten Einfluß auf das Organisationsleben und die Taktik des Verbandes unmöglich zulassen konnte. In Zeitungsartikeln, Aufrufen und Rundschreiben fordert die KPD. ihre im Bergarbeiterverband organisierten Mitglieder auf, sich innerhalb des Bergarbeiterverbandes in dem von ihr gewünschten Sinne zu betätigen.

Die Beschuldigten haben sich in dem von der KPD. gewünschten Sinne betätigt. Sie bestreiten zwar ihre Beteiligung an Fraktionen und Sonderkonferenzen; doch ist ihr Leugnen den von der KPD. vorgeschriebenen „illegalen Methoden" entsprechend zu bewerten."

Diese Begründung ist geradezu ungeheuerlich. Sie hätte von dem bayrischen Staatsgerichtshof gegen revolutionäre Arbeiter nicht besser gegeben werden können. Weil die Kommunistische Partei in der Presse an der reformistischen Taktik, dem Verhalten des Verbandsvorstandes bei Lohnkämpfen usw. Kritik übt und weil die drei Kameraden Mitglieder der KPD. sind, darum werden sie ausgeschlossen. Die Ausschlußbegründung sagt, daß Husemann, als er auf der Generalversammlung sagte, **„Jemand wird wegen Zugehörigkeit zur KPD. aus dem Verbande ausgeschlossen"**, den Verbandstag anlog.

Doch man wird die Tragweite des Vorgehens der Husemann und Genossen erst ganz erfassen, wenn man ihre Handlungsweise mit den Ausführungen Dr. Silverbergs auf der Tagung des Arbeiterbundes der deutschen Industrie in Dresden vergleicht. Hatten dort Dr. Silverberg sich lobend über die alten Gewerkschaftsführer ausgesprochen hatte, wobei er besonders Legien und Stegerwald hervorhob, sagte er:

„Aber wie die Gewerkschaften manch unerwünschten Zuwachs aus den sogenannten Novembersozialisten erfuhren, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als November-Gewerkschaft zu sprechen. Und wir wollen hoffen, daß die sogenannte Reinigungskrise, in der wir uns heute noch befinden, hier nicht Halt macht."

Was sagen diese Worte Silverbergs? Er will, daß der Zuwachs, den die Gewerkschaften nach dem November 1918 erfuhren und der ihm unerwünscht ist, wieder verschwindet. Er hofft, daß die jenigen aus den Gewerkschaften herausgeschmissen werden, die mit der Gewerkschaftspolitik, wie sie Legien und Ebert einhielten, nicht einverstanden sind. Silverberg hat von Husemann und Schmidt gelernt, denn diese beiden kennzeichnen jeden, der mit ihrer Politik nicht einverstanden ist, als „Novembersozialist", wie Silverberg das hier tut. Engere Geistesverwandtschaft ist selten festzustellen!

Husemann und Schmidt beklagen sich bei den Verbandsmitgliedern, daß, wenn sie mit Silverberg und anderen Kohlenmagnaten zusammensitzen und über Bergarbeiterforderungen verhandeln, die Unternehmer sagen: „Ihr habt ja keine Bergarbeiter mehr hinter Euch, zeigt zuerst, wieviel Bergarbeiter hinter Eurer Organisation stehen." Sie sagen darum den Bergarbeitern: „Ihr müßt Euch restlos organisieren, erst dann können wir erfolgreich Lohnbewegungen führen." **Alles das ist Schwindel!** Silverberg hat Husemann den Auftrag, alle „Novembersozialisten" aus dem Verbande herauszuwerfen, bis der Verband auf die 100 000 Mitglieder reduziert ist, die er etwa vor dem Kriege gehabt hat. Und Husemann beeilt sich, die Befehle des Dr. Silverberg durchzuführen und wirft nicht nur Kommunisten aus dem Verbande, sondern auch Sozialdemokraten, wie den Redakteur der „Bergarbeiterzeitung" Garbe, der in einer Vorstandssitzung gesagt hat, daß er mit der Politik von Husemann nicht einverstanden ist. Husemann will auf diesem Wege aus dem BAV. jede den Unternehmern angenehme wirtschaftsfriedliche Organisation machen.

Das darf ihm unter keinen Umständen gelingen. Die Verbandsmitglieder müssen wie ein Mann sich gegen die Husemann- und Schmidt-Methoden wenden. Sie müssen die **Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen fordern.** Sie müssen weiter Aufklärung verlangen, warum der Redakteur Garbe seiner Funktion enthoben wurde. Auf der Generalversammlung hat Schmidt erklärt, daß der Streit zwischen Husemann und Garbe erledigt sei und Garbe seine Bewerbung zurückgezogen hätte. Jetzt wird Garbe seines Postens enthoben; nicht durch die Mitglieder, sondern durch den Vorstand. Warum? Weil Silverberg es angeordnet hat? **Wer hat im Verbande zu bestimmen, die Mitglieder oder Dr. Silverberg?** Diese Fragen müssen in den Zahlstellen aufgerollt werden, eine klare Stellungnahme muß erfolgen. Unter keinen Umständen dürfen die Verbandsmitglieder sich ihre Organisation zerschlagen lassen.

Narodeure gegen den Reichstarif im Malergewerbe

Nachdem im Malergewerbe ein **Reichstarif** (gültig bis 1. Februar 1927) abgeschlossen und für das Lohngebiet Celle ein Mindestlohn von 1 Mark für Gehilfen über 20 Jahre **gilt, bieten sich doch noch unorganisierte Kollegen unter Tariflohn an,** wie folgender Brief beweist:

S. H.

Möchte höflichst um Arbeit nachfragen, bin in allen Arbeiten bewandert und mit 0,80 Mark Stundenlohn vollkommen zufrieden.

Achtungsvoll

Paul Starke, Malergehilfe, Dornitz b. Domnitz (Saalkreis).

Letzter Arbeitgeber A. Kupfer, Mansfelder Straße 54.

So fallen Arbeiter ihrer eigenen Klasse in den Rücken zur Freude der Unternehmer, die auf diese Weise den Lohnimmertiefer drücken. Laßt ab von solchem Treiben! Nur auf einer festen gewerkschaftlichen Grundlage wird der Weg der Befreiung aus dem Elend gefunden.

Wählt die Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner!

Von der Ortsverwaltung des Einheitsverbandes der Eisenbahner wird uns geschrieben:

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Halle, hatte am Sonntag, dem 19. September, nach „Sankt Nicolaus" eine gut besuchte **öffentliche Reichsbahnbeamten-Versammlung** mit dem Thema: **„Eisenbahnkatastrophen — Umstellungen in der Betriebswirtschaft und in der Personalpolitik — Beamtenrätewahlen"** einberufen. Der Referent, Kollege Alex Möller, Bezirksleiter des Einheitsverbandes, sprach eingehend über die Eisenbahnkatastrophen, ihre Ursachen und Auswirkungen. Er anerkannte die Unterstützung der Presse, die der Einheitsverband bei seiner Aufklärungsarbeit von dieser Seite erhalten hat.

Die Kommentare der Reichsbahngesellschaft zu den Katastrophen geben als Ursache entweder Attentat, wie in letzter Zeit, oder Verschulden des Personals an, ohne den Versuch zu machen, den wahren Ursachen auf den Grund zu gehen. Diese liegen in der **Entblößung des Betriebes von Personal, übermäßig langen Dienstschichten und schlechter Bezahlung.** Die Betriebssicherheit wird besonders gefährdet durch Vergebung des Baues und Umbaues von Gleisanlagen an Privatunternehmer, die von ungeschulten Arbeitskräften die Arbeiten ausführen lassen. Die Verantwortung für die Attentate hat die Verwaltung zu tragen, weil sie es **an der nötigen Streckenkontrolle fehlen ließ.** Im Interesse der Sicherheit des reisenden Publikums kann die Reichsbahngesellschaft nicht genug zur Sicherung der Gleisanlagen tun.

Die von der Verwaltung eingesetzten Untersuchungsausschüsse haben wenig Wert, weil Richtschnur derselben ist, festzustellen, daß alles in Ordnung ist. Im Interesse der Sicherheit des Betriebes muß gefordert werden:

Ausführung der Gleisarbeiten durch die Stammarbeiter!

Beseitigung der materiellen Sorgen der Eisenbahner!

Verkürzung der Dienstschichten!

Hierauf entrollte der Referent ein klares Bild über die von der Verwaltung **beabsichtigte Erweiterung des Gleisnetzes zur Elektrifizierung** und der damit verbundenen personalwirtschaftlichen Umstellung, die gleichzeitig von der Verwaltung zur Verwässerung des festen Beamtenkörpers ausgenutzt werden soll.

In längeren Ausführungen wies Kollege Möller dann auf die

besondere Bedeutung der Beamtenrätewahlen

hin. An zahlreichen Beispielen erläuterte er die Möglichkeit der Mitwirkung und die Erfolge der Beamtenvertretungen. Der Beamtenrat ist das Spiegelbild der Einstellung der Belegschaft. **Jeder Wahlberechtigte muß am 27. und 28. September seine Stimme abgeben, denn Wahlpflicht!**

In eingehender, sachlicher Weise nahm er darauf die einzelnen Organisationen, gestützt auf Tatsachenmaterial, unter die Lupe, wobei Zwischenrufe aus der Versammlung die Ausführungen noch besonders drastisch unterstrichen. Mit den Worten: „Die Kollegen müssen sich tragen lassen von der Ueberzeugung, daß ihre Interessen beim Einheitsverband wohl gewahrt sind. Es gilt die Sammlung zum Kampf für das Recht, zum Kampf für eine vernünftige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dann kämpfen wir für ein neues, großes Vaterland, das sich nicht auf Gruppenegoismus oder auf die Bajonette von Soldaten stützt, sondern auf das Glück und Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung," schloß der Referent seinen zweistündigen Vortrag.

In der folgenden Diskussion wurden die Ausführungen nochmals unterstrichen. Das Vorstandsmitglied Beyer vom ZdGR. gab eine Erklärung ab, die inhaltlich eine sachliche Aussprache forderte, die er jedoch in seinen weiteren Ausführungen selbst vermissen ließ. Auf einen ihm gemachten Zwischenruf gab er zu, daß es richtig sei, die Listen des Einheitsverbandes zu wählen.

In seinem Schlußwort ging Kollege Möller kurz auf die Ausführungen des genannten Redners ein, der leider den Saal in Ahnung der kommenden Dinge verlassen hatte, und stellte die Verdrehungen richtig.

Mit einem nochmaligen Hinweis auf die Bedeutung der Beamtenrätewahlen und die Notwendigkeit, **die Listen des Einheitsverbandes zu wählen,** schloß der Versammlungsleiter, Kollege Sorgenfrei, die Versammlung.

Schiedsspruch für die Nordwestliche Gruppe

Alle Forderungen der Gewerkschaften abgelehnt

Am Freitag wurde für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt, der die bisherige Arbeitszeit und die bisherigen Lohnsätze unverändert wieder in Kraft setzt. Die Lohnordnung kann nach dem Schiedsspruch nicht vor dem 1. Mai 1927 gekündigt werden, die Arbeitsabmachung nicht vor dem 15. Juni. Erklärungsfrist bis 18. September. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch sofort angenommen, die Gewerkschaften lehnten ihn ab.

Schiedsspruch im Niederschlesischen Revier

Für den Waldenburger Bergbau fällte in Breslau am 19. September eine Schlichtungskammer den Schiedsspruch, der eine neue, ab 1. Oktober 1926 gültige Lohnordnung an Stelle der bisherigen Lohnordnung vom 1. Mai 1925 festsetzt. Die Neuregelung sieht neben einer allgemeinen Angleichung der bisherigen Tarifsätze an die zurzeit wirklich verdienten Durchschnittslöhne eine Aufbesserung der Löhne für die jüngeren und weiblichen Arbeiter vor und läßt im übrigen eine unterschiedliche Lohnfestsetzung für das Waldenburger und das Neurodeer Zentraltenier zu.

Landarbeiter und Werktätigen-Kongreß!

Wer für die Mobilisierung der Landarbeiterschaft zum Kongreß der Werktätigen wirken will, verbreite die soeben erschienene Nummer 9 des

„Land- und Forstarbeiter"

Bestellung beim Verlag „Der Land- und Forstarbeiter", Wilhelm Obendiek, Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38. Preis 10 Pf., bei Bezug von zehn und mehr Exemplaren 6 Pf. pro Stück.

Wählt jugendliche Delegierte für die Erwerbslosen-Konferenz am 26. September!

Gewerkschaften und Kongreß der Werktätigen

Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, besonders im Kampf gegen den Fürstenraub sind große Massen der Werktätigen in Bewegung gekommen. Sie gehören nicht nur zur Arbeiterklasse. Angesichts des ungeheuerlichen, von den Regierungen des Reiches und der Länder und von den bürgerlichen Parteien unterstützten Raubversuchs der Fürsten, schlossen Kleinbauern, Handwerker, Sozialrentner und andere mit den Massen der Lohnarbeiter ein enges Abwehrbündnis. Dieses Bündnis zu festigen und auszubauen, die aufgerüttelten Massen zum einheitlichen Kampf gegen die zunehmende Verelendung und Unterdrückung zu formieren und ihnen den Ausweg aus der Krise, den Weg zum Sozialismus zu zeigen, das ist die Aufgabe und der Zweck des Kongresses der Werktätigen.

Die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Macht- und Kampforganisationen der Lohnarbeiter, würden, wären sie bis in ihre Spitze vom revolutionären Geist erfüllt, den Kongreß der Werktätigen freudig begrüßen. Denn die von der großkapitalistischen Klasse allerorts in Aussicht gestellte „Gesundung" der deutschen Wirtschaft geht zu Lasten der Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger und ist nur eine Gesundung der größten Kapitalisten und Großagrarier. Sie bedeutet die Stabilisierung der Erwerbslosigkeit in Höhe von Millionen Erwerbslosen. Sie bedeutet verschärfte Ausbeutung der Betriebsarbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger durch die Großen und die vollständige Verelendung der aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Arbeiter und betrogenen Rentner. Solche teilweise Festigung der kapitalistischen Wirtschaft auf der durch die Rationalisierung herbeigeführten höheren Basis, ist der Tod von Millionen kleinen Existenzen. Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger gehören deshalb in eine Kampffront.

Noch versteht es die Großbourgeoisie glänzend, die zusammengehörigen Schichten der Werktätigen in Zeiten der Kämpfe und Krisen gegeneinander auszuspielen. Teile und Herrsche! ist ihr Prinzip. Ein Bündnis zwischen den Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern, die gegenseitige Unterstützung in Kämpfen, die gemeinsamen einheitlichen politischen Aktionen und Kämpfe würde den gemeinsamen Klassenfeind hindern, an der Ausnutzung der in den Massen vorhandenen Unklarheiten. Eine außerordentliche Stärkung der Macht der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse würde die Folge des Bündnisses sein. Keine Regierung könnte gegen diese vereinten Kräfte ihre Unterdrückungsmaßnahmen durchführen. Jede, mit der Arbeiterschaft fest verbundene und ihr treu ergebene Gewerkschaftsleitung müßte infolgedessen mit aller Kraft für das Zustandekommen des Kongresses der Werktätigen arbeiten und sich aktiv an der Tagung beteiligen.

Von den maßgeblichen sozialdemokratischen Führern der Gewerkschaften ist so viel Einsicht nicht zu erwarten. Sie lehnen den Klassenkampf ab und erwarten alles Heil für die Arbeiterklasse in der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum zur Hebung der kapitalistischen Wirtschaft. Darum haben sie mit den Beherrschern der Betriebe durch ihre Beteiligung an kapitalistischen Regierungen und an den verschiedenen (jetzt neu entstandenen) Arbeitsgemeinschaften politisch ein Bündnis geschlossen. Darum bekämpfen sie Sowjet-Rußland und propagieren das kapitalistische Amerika als das Land, dessen Entwicklung dem Ideal der Arbeiterklasse entspricht. Darum propagieren sie die Rationalisierung als Rettung der werktätigen Massen vor der Verelendung und betteln den Reichsverband der Industrie um Einsicht an, obwohl es deutlich genug ist, daß die Rationalisierung nur den Profit der Kapitalisten steigert und die Arbeiter mehr auspreßt.

Ein Kampfbündnis aller Werktätigen muß logischerweise den Bruch des bestehenden Bündnisses der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum zur Folge haben. Das aber ist für die Führer des ADGB. nicht akzeptabel; sie wollen keine entscheidenden Kämpfe. Wie sie den Ausbau und die Reorganisierung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden hemmen und die zweckmäßige Organisierung einer mächtigen Betriebsräte- und Erwerbslosenbewegung zu hindern versuchen, so werden sie auch mit allen Mitteln den Kongreß der Werktätigen bekämpfen. Der Anfang dazu ist bereits gemacht. Schon ist der Bundesvorstand des ADGB. und der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in die Arena getreten. Trotzdem ihnen jedes sachliche Argument gegen den Kongreß der Werktätigen fehlt, warnen sie die Ortsausschüsse vor der Unterstützung des Kongresses und nehmen zur Begründung — das reaktionäre Geschwätz von Ignatz Kaß. Der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes verbietet den Organisationen die Bewilligung von Verbandsmitteln für den Kongreß. Er bejaht sich dabei auf einen Verbandstagsbeschluß, der nur den Gewerkschaften das Recht der Einberufung von Kongressen, Betriebsrätekonferenzen usw. zubilligt.

Sollen sich die Arbeitermassen damit zufrieden geben? Nein, keineswegs. Die Arbeitermassen müssen erkennen, daß der Bundesvorstand und der Hauptvorstände ihre Haltung nur aufrechterhalten können, wenn ihnen das die Passivität der Gewerkschaftsmitglieder ermöglicht.

Wenige Tage, nachdem Körpel vom ADGB. die Einleitung des Volksentscheids durch die Kommunistische Partei als „Kohl" bezeichnete, mußte der Bundesvorstand unter dem Druck zwischen KPD. und SPD. vermitteln, um ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Auch die Beteiligung der Gewerkschaften am Kongreß der Werktätigen muß von den Massen erzwungen werden. Dafür gilt es, zäh und unermüdlich zu kämpfen in allen Betrieben, Gewerkschaftsorganisationen und Kartellen. Gerade durch den Kongreß sollen zahlreiche Arbeiter, die das Vertrauen zu den Gewerkschaften verloren hatten, wieder als aktive Mitglieder gewonnen werden. Für den Kongreß der Werktätigen zu agitieren, ihn vorbereiten, heißt den Arbeitern einhämmern, wie notwendig es ist, alle Kräfte zusammenzuschweißen, um zu einer Macht zu werden, die die Regierung auf die Knie zwingen kann. Der Ausbau und die Umstellung der Gewerkschaften zu machtvollen kampffähigen Gebilden hat zur Vorbedingung den schärfsten Kampf gegen die reformistische Ideologie. Sowjet-Rußland zeigt, daß der Block zwischen Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern stark genug ist, die Herrschaft der kapitalistischen Klasse zu stürzen und an ihrer Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse, der Werktätigen aufzurichten.

Die Bezirks-Erwerbslosen-Konferenz am 26. September in Halle hat auch zu dem Kongreß der Werktätigen und zu einem mitteldeutschen Landeskongreß der Werktätigen Stellung zu nehmen. Darum schon für diese Konferenz alle Kräfte mobilisiert und Einstellung auch der Gewerkschaftsmitglieder auf diese Konferenz.

„Rotes Gewerkschafts-Bulletin" Nr. 39

Die Nummer enthält einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge in Bulgarien und eine Würdigung der letzten Ereignisse im englischen Bergbaukonflikt, ferner Kongresse der reformistischen und der unitarischen Lehrer in Frankreich. An weiteren Kongreßberichten liegen vor: die Berichte über zwei Angestellten-Kongresse in Frankreich, über die Kongresse der Bauarbeiter und Steinarbeiter in Belgien, der englischen Textilarbeiter, der dänischen Buchdrucker und Buchbinder, der rumänischen Lederarbeiter und über den internationalen Keramarbeiter-Kongreß in Karlsbad. Mitteilungen der allgemeinen Arbeiterbewegung in Deutschland, Dänemark, Schweden, Rumänien und bei dem russischen Kommunalarbeiterverband beschließen die vorliegende Ausgabe des „RGB."

Auch das „Internationale Textilarbeiter-Bulletin" (Nr. 5) und **der „Rote Fabrikarbeiter"** (Nr. 3) sind soeben erschienen. Diese Zeitschriften sind durch die Parteiorganisationen bei der BL. zu bestellen und den in Frage kommenden Gewerkschaftsfraktionen zuzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Wie sie lügen ...

Nämlich die schwarzweißroten Herrschaften in der „Hallescheen Zeitung". Es ist ihnen einigermaßen peinlich, daß die Stadtbankaffäre ein Skandal ihrer gottgewollten kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden ist, in deren Mittelpunkt zwei Bürgermeister mit fester nationaler Gesinnung stehen. Deshalb versucht dieses Blatt am Freitag in einem „Bericht" über die kommunistische Stadtbankverfammlung im „Wintergarten" ihre Leser von den wahren Tatsachen abzubringen und dafür eine glatte Bolschewistenbehe hinzulegen. Was sie freilich nur durch unglaubliche Unwahrheiten erreichen konnte. So behauptet die „Hallesche Zeitung", in der kommunistischen Versammlung sei davon gesprochen worden, daß Oberbürgermeister Rive auf den „Klassenkampf" hätte einwirken wollen, „um in der Sache der Stadtbank zurückhaltender zu sein." Erstens können sich die Referenten dieses Abends nicht rühmen, ein so blödsinnig unlogisches Deutsch geredet zu haben, und zweitens ist von Oberbürgermeister Rive in diesem Zusammenhang überhaupt nicht gesprochen worden. Wenn der „Berichterstatter" der „Hallescheen Zeitung" seine nationalen Ohren aufgesperrt hätte, würde er gehört haben, daß in dem zweiten Referat nur die Rede davon war, daß von maßgebender Magistratsseite versucht worden war, auf den „Klassenkampf" einzuwirken. Der zweite handgreifliche Schwindel in dem Bericht der „Hallescheen Zeitung" ist die Behauptung, daß in der Versammlung ein kommunistisches Jugendheim gefordert worden sei. Es wurde ein proletarisches Jugendheim gefordert, und es ist ja von der „Hallescheen Zeitung" vielleicht sehr schmeichelhaft, wenn kommunistisch und proletarisch als gleiche Begriffe hingestellt werden. Vielleicht aber auch nur . . ., denn in Wirklichkeit steckt natürlich nur die Dummheit schwarzweißroter Tintenkulis dahinter, die beide Begriffe nicht auseinanderhalten können.

*

Wir hätten beinahe — denn so wichtig ist das Blättlein eigentlich gar nicht — diese Dinge stillschweigend übergangen. Aber in der gestrigen Nummer der „Hallescheen Zeitung" befindet sich in dem Stadtverordnetenbericht eine so faustdicke Lüge, daß man darauf nicht vorbeigehen kann, weil diesmal ein ganz bestimmter Zweck von Irreführung verfolgt worden war. In dem Stadtverordnetenbericht der „Halleschen Zeitung" heißt es:

„Stadtv. Mundt (Völkische Freiheitsbewegung) stimmte der Aufnahme der Anleihe zu und beantragt, für den Wohnungsbau eine höhere Summe einzustellen. Er sprach sich für die Errichtung einer Stadthalle, eines neuen Gebäudes des Lyzeums II und eines Flugplatzes aus und schloß mit der Mahnung, so schnell als möglich das Programm auszuführen."

In Wirklichkeit hat der Stadtverordnete Mundt gerade das Gegenteil gesagt, nämlich er hat sich gegen den Bau der Stadthalle ausgesprochen und dies nachher mit seiner ganzen Fraktion durch die Ablehnung bekräftigt. Um hier den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, wollen wir diesem Bericht die „Allgemeine Zeitung" entgegenhalten, in der es heißt:

„Stadtv. Mundt (Deutschvölk.) stimmt dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu, **bekämpft aber die Forderungen für die Stadthalle und für Lehmanns Felsen, die Zeiten seien jetzt nicht danach, solche Arbeiten auszuführen."**

Und auch die „Hallischen Nachrichten" stellen fest:

„Außer Stadtv. Mundt (völk.-soz.), der gleichfalls u. a. beantragte, die erste Rate des Stadthallenbaues abzusetzen zugunsten der Forderung des Wohnungsbaues, sprachen noch verschiedene Redner."

Was hat nun die „Hallesche Zeitung" mit diesem Schwindel beabsichtigt. Sie wollte durch ihre falsche Berichterstattung nicht offenkundig werden lassen, was am Montag auf der Stadtverordnetensitzung klar zutage trat, nämlich, daß der Bürgerblock in verschiedene Teile gespalten wurde, daß die Freunde alter Monarchen und neuer Faschistendiktaturbestrebtheit sich hier in sehr wichtigem Gegensatz befanden. Die Leserschaft der „Hallescheen Zeitung" ist extrem nationalistisch, durchsetzt mit Agrar- und Kriegervereinsbelangen, und diese wäre nicht unwesentlich durcheinandergewirbelt worden, wenn man ihr über die zweispältige Haltung des Bürgerblocks reinen Wein eingeschenkt hätte.

Wir glauben nicht, daß die „Hallesche Zeitung" ihre Lügen berichtigen wird. Das verträgt sich nämlich nicht mit der berühmten deutschen Ehre und Wahrhaftigkeit.

Wie der polizeiliche Schutz der Jugend aussieht

Von gewissen Seiten wird gern mit dem „neuen sozialen Geist" der Polizei geprunkt, deren Aufgabe auch darin bestehen soll, Hilfsbedürftigen und Jugendlichen Schutz und Hilfe zu gewähren. Bisher hat man davon zwar noch nicht viel gespürt oder sollte dieser neue Geist in den Gummiknüppelmethoden bestehen? Jedenfalls scheint es in Halle besonders der Oberwachtmeister Dänicke zu sein, welcher sich der Jugend „fürsorglich" annimmt. Vor einigen Tagen gingen vier junge Leute die Treppe zur Toilette auf dem Markt hinunter. Ihnen entgegen kam ein Wachtmeister, der gesehen hatte, daß einer der Jugendlichen sich eine Zigarette anstecke. Nun kann man über das Rauchen von Jugendlichen denken, wie man will, und wir wären die Letzten, die es schön finden, daß Vierzehnjährige es tun, aber für den Schutzwachtmeister gab es natürlich nicht die geringste Veranlassung, dagegen einzuschreiten. Trotzdem hielt er den Jugendlichen an und fragte nach seinem Alter. Dieser glaubte nun vielleicht, daß es eine Bestimmung gäbe, nach der es erst mit 16 Jahren gestattet wird, zu rauchen. Er gab also in seiner Angst an, daß er sechzehn Jahre alt sei. Dann stieß er schnell weg, und der Sipo kam hinter ihm drein. Der Sipo hatte einen in seiner Begleitung befindlichen Zivilisten mit einem Hunde anders herum geschickt, um den Jungen festzuhalten. Vor einem Kellerladen an der Post holte der Sipo den Jungen ein und muß ihn dort geschlagen haben, denn dieser schrie entsetzlich, daß die Leute, die sich in dem Laden und in der Nähe befanden, herbeiliefen und feststellten, **daß der Junge auf dem Rücken auf der Erde lag und der Sipo noch mit dem Fuße auf ihm herumtrat.** Leute, die fragten, ob der Junge Krämpfe hätte, bekamen keine Antwort. Ein fremder, junger Mann brachte den Jungen zur Wache, wohin dann auch die Mutter geholt wurde. Dort hatte man den Jungen auf eine Bank gelegt. Die anwesenden Beamten sagten der Frau, sie solle mit ihrem Jungen nach Hause gehen, es würde schon besser werden, der betreffende Beamte sei nicht da. Sie solle morgen wieder kommen. Die Frau hat aber erst ihren Sohn von der Sanitätswache untersuchen lassen, die ihn ins Krankenhaus brachte. Dort wollte er jedoch nicht bleiben. Der Arzt, der ihn dann untersuchte, stellte ein Attest aus. Der Junge war ins Gesicht und in den Rücken geschlagen. **Auf der Nasche kam ihm das Blut zum Munde heraus.** Ein Bruder des Geschlagenen hat sich dann nach dem Namen des Beamten erkundigt, der geschlagen hat, und erfahren, daß er Oberwachtmeister Dänicke heißt.

Was gedenkt man gegen den Oberwachtmeister Dänicke zu unternehmen, der seine Beamtenpflicht darin sieht, Jugendliche zu schlagen und zu mißhandeln?

Wir warten auf Antwort.

An alle Zellengruppenleiter!

Bis Freitag ist wichtiges Material von der BL. abzuholen. Die Polleiter werden verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß das Material unbedingt bis zu diesem Termin abgeholt wird. BL.

Die Seuchengefahr

Behördliche Vorsichtsmaßnahmen in Halle

Gestern veröffentlichten wir eine uns vom Kreismedizinalrat Hillenberg eingegangene Zuschrift, in der berichtet wurde, daß für Halle seitens der Behörden Vorsichtsmaßnahmen gegen Typhusgefahr durch Prüfung des Trinkwassers getroffen worden sind. Heute geht uns über den gleichen Gegenstand ein Bericht vom hallischen Stadtgesundheitsamt zu, den wir des wichtigen Themas wegen ebenfalls veröffentlichen. Das Stadtgesundheitsamt sagt:

Obwohl in Halle glücklicherweise bisher nur vier Typhuserkrankungen im Monat September festgestellt sind, und neue Erkrankungen in den letzten Tagen nicht beobachtet wurden, so erfordert doch das Auftreten mehr oder weniger großer Typhusepidemien in verschiedenen Städten Deutschlands größte Aufmerksamkeit, um gleichartige Vorkommnisse in Halle mit Sicherheit zu vermeiden. Seitens der städtischen und staatlichen Gesundheitsbehörden erfolgen in einem gegenüber normalen Zeiten weit verstärktem Umfange alle Maßregeln der Verhütung und Abwehr. Soweit Trinkwasser als Ursache in Betracht kommen kann, ist bei den günstigen Wasserversorgungsverhältnissen Halles aus einem einwandfreien Grundwasser mit sicherer Verhütung einer Wasserinfektion zu rechnen, **zumal das Wasser täglich im Stadtgesundheitsamt untersucht wird** und kein Zuwachs an Keimzahl deshalb verborgen bleiben kann. Am 18. September hat sich — abgesehen von den laufenden regelmäßigen Untersuchungen der Wasserbeschaffenheit und der sofort durchgeführten Untersuchungen des im Wasserwerk tätigen Personals — eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Stadtgesundheitsamtes, Nahrungsmittelunterfuchungsamtes, des Hygienischen Instituts sowie dem Herrn Kreisarzt erneut von dem nach jeder Richtung hin einwandfrei und Sicherheit versprechenden Betrieb der hallischen Wasserwerke überzeugt.

Auch die chemische wie bakteriologische Untersuchung der nach Halle eingeführten Milch erfolgt zurzeit laufend in größerem Umfange, als es an sich schon regelmäßig geschieht. Im Gegensatz zu den Verhältnissen bei der zentral erfolgenden und daher auch zentral mit Sicherheit zu überwachenden Wasserleitung ist jedoch ein absoluter Schutz für die nach Halle eingeführte Milch nicht durchzuführbar, da selbst etwaige positive Bazillenbefunde doch nur nachträglich eine bereits eingetretene Infektionsgefahr feststellen könnten. So wichtig daher solche Untersuchungen für die Feststellung einer etwa eingeschleppten Infektion und damit für die Verhinderung weiterer Ausdehnung sind, so ist doch ein **absoluter Schutz vor Erkrankungen nur in den Haushaltungen selbst möglich,** und zwar dadurch, daß nur Milch verwandt wird, für deren Keimfreiheit sicherer Gewähr besteht. Solche Gewähr besteht ohne Vorbehandlung im Haushalt lediglich bei solcher Milch, die nicht nur pasteurisiert und daher einmalig keimfrei gemacht worden ist, sondern die unmittelbar danach in der Molkerei in Fläschchen gefüllt und daher auch vor nachträglichen Infektionen geschützt worden ist. Wer daher ungekochte Milch trinken will, möge sich auf die in trinkfertigen Fläschchen vorbereitete Form beschränken, während es für die allgemein im Haushalt verwandte übrige Milch in Zeiten einer Typhusgefahr als unbedingte Regel gelten muß, **die Milch vor dem wichtig hervorgehoben, rohes Obst vor dem Genuß abzuwaschen.**

Nur durch diesen Selbstschutz der Bevölkerung können die behördlicherseits durchzuführenden Schutzmaßnahmen ergänzt und nach jeder Hinsicht erfolgverheißend gemacht werden.

*

Diese vom Stadtgesundheitsamt herausgegebene Erklärung zeigt, wie dringlich alle Vorkehrungsmaßnahmen gegen die Typhusgefahr sind. Hier ist auch ein Punkt, der die kommunistische Forderung nach dem Bau eines modern eingerichteten städtischen Krankenhauses noch mehr als alle anderen vorgebrachten Beweise rechtfertigt.

Was schützt uns vor diesen Bazillen?

Millionen lungenkranker Menschen laufen als Opfer ihrer Klassenlage herum. Es gibt keinen anderen Schutz vor Ansteckung, als den Widerstand des eigenen Körpers, gesunde Lebensweise, gesunde Räume und das selbstverständlichste Vorhandensein hygienischer Voraussetzungen.

Spinale Kinderlähmung in Sandersdorf?

Wie aus Sandersdorf gemeldet wird, hat der Scharlach dort unter der Jugend eine bedenkliche Ausbreitung angenommen. In einem Falle besteht sogar **Verdacht spinaler Kinderlähmung.** Neben Kindern leiden auch Erwachsene an Diphtherie und Bräune. Wie es heißt, sollen die notwendigen sanitären Hilfsmaßnahmen getroffen worden sein. Ob das zutrifft, wird sich ja bald zeigen. Die Bekämpfung von Infektionskrankheiten setzt eine weitgehende Isolierung der Kranken voraus. Bei dem Wohnungsmangel und bei den gegenwärtigen Zuständen in sanitärer Beziehung, veranlaßt durch das kapitalistische Sparsystem, muß leider mit der Ausbreitung ansteckender Krankheiten gerechnet werden. Die Dinge werden auch in dieser Hinsicht erst anders, wenn die Arbeiterschaft, wie in Rußland, das Heft in Händen hat.

*

Kinderlähmung auch in Roßla

Wie eine Korrespondenz heute vormittag noch meldet, ist auch in **Roßla a. H.** ein Fall von **spinaler Kinderlähmung** festgestellt worden.

Demnach scheint die Krankheit auch in unserem Bezirk Eingang gefunden zu haben. Es muß dringend gefordert werden, daß alles getan wird, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern.

Paratyphus in Eisleben

17 Personen erkrankt

Wie aus Eisleben berichtet wird, sind dort infolge des Genusses von nicht einwandfreiem Fleisch 17 Personen an Paratyphus erkrankt. Das Fleisch stammte von einer Schlachtung des Obst- und Gemüsehändlers Siewert, der es zum Verkauf brachte. Die Fleischvergiftungserscheinungen traten bereits am Donnerstag und Freitag auf. Daraufhin wurde dem Gemüsehändler Siewert die weitere Verkaufserlaubnis entzogen und für den Wiesenmarkt sein Budenstand geschlossen. Von den 17 Fällen sollen zwei schwerer, die anderen leichterer Natur sein.

Bis jetzt liegt nur die vorstehende kurze Notiz vor. Auch die sonst so geschwätzige „Eisleber Tante" bringt nicht mehr davon; sie tut im Gegenteil, als ob der Fall recht harmlos wäre. Das ist verdächtig. So macht man es immer (auch in Hannover war es so), wenn man etwas vertuschen will. Es geht aus der obigen Meldung nicht klar hervor, ob der betreffende Budenstand vor oder während des Wiesenmarktes geschlossen wurde. Ist letzteres der Fall, dann dürfte die Zahl der Erkrankungen höher sein, als angegeben. Wir müssen jedenfalls zunächst weitere Mitteilungen abwarten.

Die Eisleber Polizeiverwaltung veröffentlicht aus vorstehendem Anlaß folgende

Bekanntmachung. Eine Anzahl Einwohner sind nach Genuß von **rohem Hackfleisch** unter Anzeichen einer Fleischvergiftung erkrankt. Es wird deshalb vor dem Genuß von rohem Fleisch dringend gewarnt.

Ausstellung von Erzeugnissen des russischen Kunstgewerbes

und von Wäsche für die Kinder der englischen Bergarbeiter

Wer diese Ausstellung am Sonnabend und Sonntag nicht besuchte, hat bestimmt etwas versäumt. Es war eine gute Idee, die beiden verschiedenen Ausstellungssachen zu verbinden. **Politisch gehören sie zusammen.**

Die ausgestellten Vasen, Schmucktischen, Wandschränke, Etageren sind ohne Ausnahme geschmackvoll und kunstgerecht angefertigt. Ausgezeichnet wirkten die mit chinesischem Lack überzogenen Zierdosen. Die geschnitzten Wandschränke, Handschuhkasten usw. zeugten von einer außerordentlichen Geschicklichkeit der russischen Volkskunst, von deren Trägern die SPD. behauptet, daß sie asiatische Barbaren sind. Von den 300 ausgestellten verschiedenen Gegenständen gingen zweihundert in den Besitz der Besucher über. **Der Rest wird am kommenden Sonntag,** wo russische Ringer im „Volkspark" auftreten, **zur Verlosung kommen.**

Großes Interesse erweckte besonders bei den Arbeiterfrauen die ausgestellte Wäsche. Diese war aus Barchent und Leinen neu hergestellt. Viel interessanter war, von den Mitarbeiterinnen der Nähstube zu erfahren, wie die Knabenanzüge und Kleider aus gebrauchten Sachen zustande gekommen sind. Im vorigen Jahre schickten die amerikanischen Arbeiter der IAH. in Deutschland mehrere hundert Wintermäntel. Einige davon verirrten sich nach Halle. Sie wurden von den Arbeiterfrauen zerschnitten und wieder zusammengenaht. Jetzt dienen sie zum zweiten Male als Ausdruck proletarischer Solidarität den Kindern unserer kämpfenden englischen Arbeitsbrüder, damit sie der Unbill des nassen und feuchten Herbstes und Winters in England standhalten können.

Die Arbeit in der Nähstube ist ein kleiner Ausschnitt von **„Heldentum der Kleinarbeit".** Wenn diese von Arbeiterfrauen geleistet wird, muß das besonders gewürdigt werden. **Noch immer mangelt es leider an genügenden Kräften,** damit auf diesem Gebiete Größeres geschaffen werden kann als bisher. Wir können uns nur den eindringlichen Aufforderungen anschließen, die in den Plakaten der Ausstellung zum Ausdruck kommen:

Arbeiter! Sammelt Mittel für Eure kämpfenden Kollegen in England! Arbeiterfrauen! Schafft Wäsche und Kleider, um die ungeheure Not der Frauen und Kinder unserer kämpfenden Brüder zu lindern!

Es wäre wirklich beschämend, wenn dieser Ruf der Internationalen Arbeiter-Hilfe kein Gehör bei der hallischen werktätigen Bevölkerung fände.

Heran an die Arbeit! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Die Aufgaben der Arbeiter-Samariter-Kolonnen

Wir werden von der ASK. um Aufnahme folgender Zeilen gebeten:

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne ist eine Gemeinschaft von Arbeitern, die es sich zur Pflicht gemacht haben, ihren Mitmenschen die erste Hilfe zuteil werden zu lassen. Es wird nicht nach Rang und Stand gefragt; es wird nur schnell und sicher gearbeitet, um dem Verunglückten Hilfe zu leisten und abzutransportieren. Das Arbeitsfeld für uns Samariter ist ein sehr großes. Unsere Tätigkeit erstreckt sich nicht nur auf Leisten der ersten Hilfe, sondern geht auch zur Kranken- und Wohlfahrtspflege über. Hier ist ein großes Arbeitsfeld vorhanden. Die ASK. sind die berufenen Vertreter, in allen Fragen gesundheitlicher sowie hygienisch-sozialer Beziehung mit zu raten und zu taten. Es geht nicht an, daß wir die Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Krankheiten und Seuchen der bürgerlichen Gesellschaft allein überlassen. Wir, die wir mit unseren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern in engster Beziehung stehen, haben die Ursachen all dieser Krankheiten kennengelernt und wissen, wo die Wurzel dieser Uebel zu suchen ist. Gemeinsame Arbeit wird selbst die schwierigsten Fragen lösen. Auch wäre es zu begrüßen, wenn sich alle im Sanitätswesen und in der Krankenpflege ausgebildeten, organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der ASK. anschließen würden, um so das Heer der Helfer zu vergrößern. Hier könnten die Parteien und Gewerkschaften für die ASK. helfend und werbend eingreifen. Es gibt gewiß viele, welche sich der guten Sache zur Verfügung stellen. Auch die Jugend kann sich der ASK. anschließen. Zur besseren Ausbildung der Jugend ist eine Jugendabteilung gegründet. Dieser können Jugendliche beiderlei Geschlechts beitreten.

Richter und Staatsanwälte sollen etwas lernen

Nach einer Allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers beabsichtigt dieser, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, in nächster Zeit eine Anzahl staatsanwaltschaftlicher Beamten und von den richterlichen Beamten zunächst einige Untersuchungsrichter zu einer einmonatigen informatorischen Beschäftigung bei den kriminalpolizeilichen Dienststellen einiger größerer Polizeiverwaltungen abzuordnen. Die Beschäftigung soll sich nicht auf das bloße Anhören von Vorträgen und auf die Besichtigung kriminalpolizeilicher Einrichtungen beschränken, sondern es soll den Beamten ein gründlicher Einblick in die praktische Tagesarbeit der Kriminalpolizei vermittelt werden. Auch wird ihnen Gelegenheit gegeben werden, an praktischen kriminalpolizeilichen Ermittlungen teilzunehmen.

Die Herrschaften sollen also nun auch praktisch arbeiten lernen. Was dabei herauskommt, steht auf einem anderen Blatte. Interessant ist aber doch, daß Staatsanwälte und Richter bei der Polizei in die Lehre gehen sollen. Man soll sich also nicht wundern, wenn künftig mal ein „Einbrecher" gefaßt wird, der sich als Staatsanwalt oder Richter entpuppt, denn das gehört dann ja auch zum Handwerk. Ob nun auch Polizisten als Richter ausgebildet werden?

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden wird uns geschrieben: Im großen Saale des „Volkspark" veranstaltete am Sonnabend, dem 18. September, der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands (Ortsgruppe Halle) einen großen Bunten Abend. Das Programm, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, war sehr reichhaltig. So zeichnete sich das hier allseits bekannte und beliebte Duett Fred und Marga Brand, sowie der Humorist Walter Schenk durch ihre Vortragsweise und Komik besonders aus. Desgleichen hatte sich der Arbeiter-Frauenchor in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt und es verstanden, in Verbindung mit gutem Stimmaterial durch gesangliche Darbietungen die alten Invaliden ihre schweren Stunden vergessen zu machen. An dieser Stelle sei auch nochmals auf die am 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark" stattfindende Mitgliederversammlung hingewiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0006

An die Ortsgruppen des Bezirks!

Ortsgruppen, welche die Monatsabrechnungen für August noch nicht mit dem Bezirk erledigt haben, werden aufgefordert, dies sofort zu tun. Dasselbe gilt auch für die Zellengruppen der Stadt Halle. Alle Vorsitzenden der Ortsgruppen, sowie Zellengruppen haben die Pflicht, sich sofort beim Kassierer davon zu überzeugen, daß die Abrechnung erledigt ist, andernfalls sie dafür sorgen müssen, daß dies sofort geschieht.

Ebenfalls sind noch nicht abgerechnete Volksentscheidslisten und Marken sofort abzurechnen, resp. nicht verkaufte zurückzusenden.

Verkauft sofort die Marken zum Reichsparteitag und rechnet dieselben ab.

Bezirksleitung der KPD., Abtlg. Kasse.

An alle Mitglieder des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes!

Wir geben hiermit bekannt, daß am Sonntagfrüh 7 Uhr auf dem Thielenplatz die Ausgabe der Fahrkarten nach Torgau vorgenommen wird. Der Zug fährt 7.30 Uhr. Zur schnellen und ordnungsgemäßen Abwicklung aller Angelegenheiten ist es notwendig, daß alle Genossinnen pünktlich erscheinen.

Weiter machen wir nochmals bekannt, daß auch Genossinnen nach Torgau mitfahren können, die noch nicht im Besitz der Bundeskleidung sind. Wer bis Freitag abend das volle Fahrgeld in Höhe von 3,80 Mark an die Gauleitung abliefert, erhält noch eine Fahrkarte.

Den Genossinnen vom Werbebezirk Zentrum zur Mitteilung, daß

morgen, Donnerstag, dem 23. September, abends 8 Uhr,

in der „Goldenen Kette" eine Werbebezirksversammlung stattfindet. Das Erscheinen aller Genossinnen ist daher unbedingt notwendig.

Gauleitung des RFMB.

Ausschluß aus dem RFB.

Das Mitglied des RFB. Franz Kosicki, Ortsgruppe Gallen bei Eilenburg, ist wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus dem RFB. ausgeschlossen. Kosicki war Vorsitzender und Leiter der Schalmeienkapelle und betrachtete den RFB. nur vom Standpunkt des Geschäftemachers. Vorstellungen der Untergauleitung, die Geschäftsmacherei der Kapelle einzustellen, beantwortete er mit dem Versuch, Ortsgruppe und Schalmeienkapelle im Reichsbanner aufgehen zu lassen.

Gauleitung des RFB.

Hallische Tageschronik

Die teuren Aepfel auf dem hallischen Bahnhof. Zu unserer Notiz vom Montag über die Aepfel, die an der Erfrischungshalle auf Bahnsteig I des hallischen Hauptbahnhofes mit 15 Pf. pro Stück verkauft werden, wird uns von dem Inhaber der Bahnhofswirtschaft mitgeteilt, daß diese Aepfel Harzer Edelobst sind, die ihm selbst pro Stück 13⅓ Pfennig kosten. Es dürfte immerhin angebracht sein, außer diesem teuren Harzer Edelobst auch billige Sorten auszulegen, damit den minderbemittelten Reisenden die Möglichkeit gegeben ist, Obst zu kaufen.

Die Orthopädische Versorgungsstelle teilt mit: Für Kriegsbeschädigte. In der Woche vom 4. bis 9. Oktober finden bei der Orthopädischen Versorgungsstelle Sprechtage nur am Donnerstag und Sonnabend, in der Woche vom 11. bis 16. Oktober vom Donnerstag bis Sonnabend statt.

Festgenommen wurde hier am Montag ein 61jähriger Arbeiter aus Wolfen bei Bitterfeld, der wegen Brandstiftung und Vornahme unzüchtiger Handlungen an Schulkindern gesucht wurde.

Unfall eines Invaliden. Am 21. September, gegen 6.50 Uhr abends, wurde in der Poststraße ein 77 Jahre alter schwerhöriger Invalide, dessen Begleiter, ein 9jähriger Knabe, sich für kurze Zeit entfernt hatte, von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei er sich eine blutende Kopfwunde zuzog. Der Verletzte wurde von Angehörigen nach seiner Wohnung gebracht.

Ammendorf

Gewerkschaftskursus. Donnerstag abend 8 Uhr findet der Gewerkschaftskursus statt. Die Genossen werden hierdurch nochmals aufgefordert, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Ammendorf

Wir fürchten nicht das rote Lumpenpack ... grölten etliche zehn noch recht grüne mit Tornistern beladene Wehrwölflein am zweiten Sontag dieses Monats das seine Mittagsruhe haltende Ammendorf aus dem Schlafe. Ihre Gesichter mit dem Dreck einer wohl mehrstündigen Wanderung überzogen wollten sie der Handvoll Wehrwölfe in Ammendorf den Festsaal füllen, um sie über den kläglichen Stand ihrer Mitgliederzahl hinwegzutäuschen. Die Veranstaltung selbst, mit „deutschem Tanz" umrahmt, endete, wie üblich, in einem widerlichen Saufgelag vor allem der Flegel von Planena bei Ammendorf. Diese bilden den Stamm und die Zierde des Ammendorfer Wehrwolfs. In Hemdärmeln, am Arm eine Wehrwolfs-Luise, und das Parkett dröhnt unter dem „Deutschen-Tanz-Charleston-Schritt" der „Kameraden". Alkoholmißbrauch und die durch denselben geförderte Offenbarung niedrigster Charaktere dieser Wölfe, die in Schafskleidern zur Luise kommen, lassen Ammendorfs Einwohner von diesen Veranstaltungen fernbleiben, um sich vor unangenehmen Anpöbeleien zu schützen. So waren diese geistig Minderbemittelten mit ihrem Anhang auch am erwähnten Sonntag allein. Unsere roten Frontkämpfer dürfen sich wirklich rühmen, ihrer Sache mit mehr Ernst und Disziplin gedient zu haben, und sie können versichert sein, eher dem sich gesteckten Ziele näherzukommen, als alle „schwarzweißroten Simulanten!"

Oeffentliche Quittung der „Roten Hilfe"

Ammendorf: RFB. ges. in Mitgliederversammlung	23,70 Mk.
Bollberg: Arb.-Radf.-Verein, ges. beim Unterhaltungsabend vom 14. August 1926	13,97 Mk.
Bitterfeld: Arb.-Radf.-Verein Röja vom Vergnügen durch Krause	3,00 Mk.
Von L., Bitterfeld	2,00 Mk.
Coßdorf: Ges. beim Vergnügen des Sport-Vereins	3,40 Mk.
Delitzsch: RFB.-Sammlung	7,35 Mk.
Von einem Eisenbahner	2,00 Mk.
Hohenmölsen: Ges. durch Laugling und Martin König beim Gewerkschaftskinderfest	30,70 Mk.
Hettstedt: Vom Sühnetermin Brandt-Burkhardt	10,00 Mk.
Büchsensammlung „Roter Tag" Ermsleben	4,27 Mk.
Büchsensammlung „Gedenktag der März-Gefallenen in Beesenstedt"	2,12 Mk.
Oberröblingen: Erwerbslosensammlung	10,60 Mk.
Reinsdorf: Freie Turnerschaft Reinsdorf ges.	2,40 Mk.
Sangerhausen: Durch Karl Miehe von einem Geschäftsmann	Ein neuer Anzug
Torgau: RFB.-Gründungsfeier	4,20 Mk.
Freiwillige Spende	2,00 Mk.
Zeitz: Ges. in Dresden	70,31 Mk.
Ges. in Wittenberg	32,72 Mk.
Ges. in Merseburg	24,35 Mk.
Ges. vom Genossen Gutjahr	5,00 Mk.
Sammelbüchse Starke	0,69 Mk.

Sonntag Bezirkserwerbslosen-Konferenz in Halle

Habt Ihr schon Delegierte gewählt?

Nieder mit dem Alkohol — Es lebe der Suff!

Die Kapitalisten nehmen in der Frage der Alkoholbekämpfung eine zwiespältige Haltung ein. Ebenso auch ihr Werk, die „Gesolei". Ich meine hauptsächlich damit die **„Anti-Gesolei"**, nämlich die Ausstellung des Brauereibundes, die den Suff geradezu verherrlicht. Die kleine Ausstellung der Antialkoholiker fällt dagegen gar nicht ins Gewicht und verschwindet vollkommen. Daß die Ausstellungsleitung genügend für reichlichen Alkoholgenuß eintritt, ersieht man aus den zahlreichen Wirtschaften und Sektpavillons und sei nur nebenbei erwähnt. Aber auch sonst hat man sich manchen Witz geleistet, indem vielfach der Ausstellungsgegenstand, der der Bekämpfung des Alkohols dienen sollte, durch die Art der Modellausführungen ins Gegenteil umschlägt. Scheinbar hat keine Ausstellungsjury bestanden, die die ausführenden Künstler kontrollierte.

So gibt es eine Koje **„Alkohol und Organismus"**, in der uns gezeigt wird, in welchen Fällen Alkohol verwendet werden soll und wie schädlich allzureichlich genossener Spritt auf den Organismus des Menschen wirkt. Der Besucher entdeckt da auch eine Tafel, worauf der **„Verbrauch an Bier und Branntwein pro Kopf der Bevölkerung und pro Jahr** mit Illustrationen verzeichnet steht. Nicht allein die vertilgten Liter Bier und Fusel interessieren uns, sondern im Augenblick mehr noch die Ausführung der Illustrationen, wobei wir den Namen des Künstlers schamhaft verschweigen wollen.

Die Tafel zeigt treffend, wie man den beabsichtigten Zweck des Ausstellungsgegenstandes durch falsche Illustrationen ins direkte Gegenteil verkehrt:

1874 bis 1879: **Verbrauch: 65,0 Liter Bier, 6,2 Liter Schnaps.**
Illustration: Ein Biertrinker zeigt hindeutend auf sein gefülltes Bierglas, auf die Menge aufmerksam machend.

1880 bis 1884: Verbrauch: 63,2 Liter Bier, 6,2 Liter Schnaps.
Illustration: Vergnügt grinsender Bierschenk.

1885 bis 1889: Verbrauch: 72,5 Liter Bier, 6,2 Liter Schnaps.
Illustration: Stolz lachender Bierphilister, sein volles Glas von sich abhaltend.

1890 bis 1894: Verbrauch: 89,0 Liter Bier, 6,2 Liter Schnaps.
Illustration: An den Maßkrug gelehnt steht ein dicker behäbiger Bieronkel und feixt vor Freude über den steigenden Bierkonsum.

1895 bis 1900: Verbrauch: 98 Liter Bier, 4,4 Liter Schnaps.
Illustration: Ein alter Weißbart streckt jauchzend seinen linken Arm aus. (Hurra! Hurra! Eine fabelhafte Leistung! D. B.)

1901 bis 1905: Verbrauch: 102 Liter Bier, 4,2 Liter Schnaps.
Illustration: Aus einem hochgestemmten Faß trinkt ein friedlicher Bürger.

1906 bis 1910: Verbrauch: 108 Liter Bier, 3,9 Liter Schnaps.
Illustration: Auf einer Biertonne reitet ein Korpsstudent in Wichs, den Degen schwingend.

1911 bis 1914: Verbrauch: 98 Liter Bier, 2,8 Liter Schnaps.
Illustration: Vor seinem Maßkrug sitzt ein Bayer mit verdrießlichem Gesicht (weil der Konsum gesunken).

1915: Verbrauch: 67 Liter Bier, 2 Liter Schnaps.
Illustration: Soldat aus einem Becher trinkend.

1916: Verbrauch: 54 Liter Bier, 1,3 Liter Schnaps.
Illustration: Arbeiter, seine Zeitung lesend, vor sich ein Glas Dünnbier.

1917: Verbrauch: 35 Liter Bier, 0,5 Liter Schnaps
Illustration: Armierungssoldat, salutierend.

1918: Verbrauch: 37 Liter Bier, 0,6 Liter Schnaps.
Illustration: Entlassener Soldat, dargestellt als gemeine Verbrechertype, Hände bis an die Ellenbogen in die Taschen vergraben, schaut verächtlich auf eine zerbrochene Export-Bierflasche.

1919: Verbrauch: 38 Liter Bier, 0,2 Liter Schnaps.
Illustration: Revolutionssoldat, als Verbrecher gezeichnet, Gewehr auf der Schulter, dicke Zigarre im Munde, mit einem Bierglas in der Hand. (**Aeußerst gemeine Hetze gegen die Revolutionäre.**)

1920: Verbrauch: 34 Liter Bier, 0,7 Liter Schnaps.
Illustration: Entsetzt hält ein Kleinbürger sein Bierglas von sich ab (da fallender Bierkonsum).

1921: Verbrauch: 57 Liter Bier, 1,0 Liter Schnaps.
Illustration: Feixende Bürger in stolz geschwellter Haltung.

1922: Verbrauch: 54 Liter Bier, 2,0 Liter Schnaps.
Illustration: Raffke-Typ (mir kann keener).

1923: Verbrauch: 51 Liter Bier, 1,2 Liter Schnaps.
Illustration: Benebelter Bourgeois, der mit seinen Billionenscheinen herumwirft.

1924: Verbrauch: 60 Liter Bier, 0,6 Liter Schnaps.
Illustration: Lächelnder Biertrinker, der mit einer einladenden Handbewegung auf den steigenden Bierkonsum aufmerksam macht (seht ihr wohl, wir schaffens doch noch).

Eine solche Darstellungskunst zu kommentieren, erübrigt sich vollkommen. Sie spricht für sich.

Aus der Provinz

Eine neue Glanzleistung Grützners

Staatsgefährliche Kinder

Aus Zeitz schreibt man uns:

Trotz des großen Militär- und Polizeiapparates, den wir in Hindenburg-Deutschland haben, scheint es doch recht wacklig und faul mit der sogenannten Republik zu stehen. Sogar vor den Mitgliedern des Jung-Spartakus-Bundes scheint man eine ungeheure Angst zu haben. Das allerschönste dabei ist, daß ein Sozialdemokrat es ist, der die Kinder der Kommunnisten als staatsgefährlich ansieht. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat schon des öfteren an den Magistrat das Ersuchen gestellt, der Kommunistischen Kindergruppe ein Zimmer zur Verfügung zu stellen. Das wurde meistens abgelehnt, bis vor kurzem endlich der Bescheid kam, daß in der 2. Stadtschule ein Zimmer frei sei und von der Kindergruppe benutzt werden könne. Aber die Kinder hatten noch nicht ein einziges Mal das Zimmer benutzt, da kam schon unter „Eilt!" ein anderes Schreiben. Danach weigert sich der Schulleiter der 2. Stadtschule, die Kinder aufzunehmen, weil nach seiner Meinung dort kein Platz sei. Auch der Herr Schularzt hat ähnliche Bedenken geäußert!

Nun kommt aber der Höhepunkt: Der „sozialdemokratische" Regierungspräsident Grützner sendet auch ein Schreiben, in dem es heißt, die **Regierung könne nicht genehmigen, daß dem Jung-Spartakus-Bund in Zeitz Schulräume zur Verfügung gestellt werden**, auch wenn dieser dem Ortskartell für Jugendpflege angeschlossen sei. Man würde wohl dem „Verein der Kinderfreunde" die Benutzung eines Zimmers gestatten, aber beileibe nicht dem Spartakus-Bund, denn dieser Verein ist ja staatsgefährlich!

Grützner schreibt wörtlich:

„Vereinen, die eine Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse auf anderem als gesetzlichen Wege erstreben, dürfen Schulräume nicht überlassen werden. Ihre Ueberlassung ist daher auch politischen Vereinen zu versagen, die grundsätzlich den gewaltsamen Sturz der Verfassung erstreben. Hierzu ist auch der Jung-Spartakus-Bund zu rechnen."

Hu, Hu! Herr Grützner! Muß aber die Hindenburg-Republik auf schwachen Füßen stehen, daß man sie sogar von Kindern bedroht glaubt. Man könnte wahrhaftig lachen über solche Maßnahmen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Glaubt denn der „Sozialdemokrat" Grützner, damit die Jung-Spartakus-Bewegung hemmen oder aufhalten zu können? Er wird sehr bald merken, daß er auf dem Holzwege ist. Aber was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter zu dieser neuesten „Heldentat" Grützners? Geht ihnen nicht ein Licht auf, wie es mit ihren „Führern" bestellt ist?

Neues vom Tage

Der Wirbelsturm im Staate Alabama

Der Wirbelsturm hat nach seinem Zerstörungswerk in Florida nunmehr auch den Staat Alabama schwer heimgesucht und in mehreren Städten furchtbare Verwüstungen angerichtet. Besonders schwer betroffen sind Pensacola (Florida), Mobile (Alabama) und mehrere weiter im Inlande gelegene Städte. Alle Verbindungen mit Pensacola und Mobile sind unterbrochen. Nach den letzten Berichten hatte der Sturm eine Geschwindigkeit von rund 100 Meilen in der Stunde und hat viele Gebäude dem Erdboden gleichgemacht. Eine Radiomeldung berichtet, daß die Städte Seminola und Lillian zerstört worden sind. Dabei sind über zehn Menschen umgekommen. Tausende von Flüchtlingen aus den betroffenen Gebieten strömen nach New Orleans hinein, sie glauben sich dort in Sicherheit. Die Flüchtlinge sind völlig mittellos und verursachen schon jetzt eine akute Lebensmittelknappheit.

Die Zahl der bei dem Wirbelsturm in Florida ums Leben Gekommenen wird nunmehr als 1500 übersteigend geschätzt. Es werden aber noch Hunderte vermißt. Es wird mit dem Ausbruch von Epidemien gerechnet. Der ganze Landstrich ist noch immer ohne Licht. Das erschwert die Durchsuchung der Trümmerstätten nach Vermißten sehr. Hilfszüge mit Lebensmitteln, Aerzten, Schwestern und Rettungsmannschaften werden eiligst an die Unglücksstätten gebracht.

Orkan auch über Japan

Wie aus Tokio berichtet wird, hat am 17. September ein schwerer Orkan Oshima Island, nahe Kagoshima, heimgesucht. 38 Tote wurden gezählt. 37 Personen werden vermißt. Im ganzen Bezirk sind 1230 Häuser zusammengestürzt und 730 schwer beschädigt worden. In zwei Dörfern wurden so gut wie alle Häuser zerstört. 70 Häuser und die Hauptschule verbrannten.

Scharlach in Oberschlesien

In Leobschütz in Oberschlesien sind zahlreiche Erkrankungen an Scharlach aufgetreten, so daß man eine Epidemie befürchtet. Ein 15jähriger Schüler ist das erste Todesopfer. Ein Teil der Schulen wurde wegen Ansteckungsgefahr geschlossen.

Muttermord?

Aus Gießen wird gemeldet: In der Nacht äscherte ein Großfeuer in dem Dorfe Freienseen ein Wohngebäude und fünf Scheunen ein. Zugleich fand man bei den Aufräumungsarbeiten in dem Wohnhause die Ehefrau Schreiner tot mit eingeschlagenem Schädel auf. Wahrscheinlich hat der eigene Sohn die Frau erschlagen, da man ihn später mit durchschnittener Kehle auffand.

Arbeitermord in Paris

Explosion in einer Autogenschweißerei

In einer Pariser Anstalt für Autogenschweißerei ereignete sich eine schwere Explosion. Sieben Arbeiter waren damit beschäftigt, einen beschäftigten Azetylenbehälter instandzusetzen. Bei dieser Arbeit scheint Luft in den Behälter eingedrungen zu sein, so daß mit den noch in dem Behälter befindlichen Azetylengasen ein leicht explosives Gemisch entstand, das sich entzündete. Die Gewalt der Explosion war außerordentlich groß, so daß **drei Arbeiter auf die Straße geschleudert wurden.** Der Tod trat bei diesen auf der Stelle ein. Drei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Moskau baut die größte Funkstation

Beim Volkskommissariat für Post-, Telegraphen- und Funkverkehr ist um die Genehmigung zum Bau zweier Sender für 20 bis 40 Meter Wellenlänge, die dem Studium des Kurzwellenverkehrs dienen sollen, nachgesucht worden. Als Aufstellungsort ist Tiflis und Djetskoje Selo (bei Leningrad) in Aussicht genommen. Außerdem ist der Bau einer in Moskau zu errichtenden 100-Kilowatt-Funkstation ausgearbeitet, deren Leistung die bekannten Stationen von Daventry und Königswusterhausen um ein Mehrfaches übersteigen würde.

Aus der Jugendbewegung

Bezirkskonferenz

Die Bezirksleitung beruft für den 10. Oktober 1926 eine Bezirkskonferenz ein. Auf je 20 Mitglieder entsenden die Ortsgruppen einen Delegierten. Die Delegierten müssen in Mitgliederversammlungen gewählt werden. Die Bezirkskonferenz beginnt vormittags 9 Uhr in Halle, „Volkspark" (kleiner Saal).

Tagesordnung:

1. **Politische Lage. Referent: Ein Vertreter des ZK.**
2. **Bericht der Bezirksleitung und die nächsten Aufgaben des Jugendverbandes. Referent: Genosse Fritz.**
3. **Wahl der Bezirksleitung.**
4. **Organisatorisches, Anträge und Verschiedenes.**

Zur näheren Information ergeht ein Rundschreiben an alle Ortsgruppen

Bezirksleitung des KJVD. Halle-Merseburg.

Theater und Konzerte

Gäste im Stadttheater. Am 28. Sept.: Fritz Kortner vom Berliner Staatl. Schauspielhaus als Herodes in Hebbels „Herodes und Mariamne"; am 4. Oktober Paul Wegener mit eigenem Ensemble in „Jaqueline"; am 28. Oktober: Tanzabend von Niddy Impekoven.

Volksbühne. Als zweites Werk wird für die erste Spielreihe gegeben: „Der Wildschütz", Komische Oper von Albert Lortzing für Theatergemeinde A am 2. Okt., für B am 18. Okt. und für C am 27. Oktober. Einlösung ab 22. Sept. für A bis 27. Sept., für B. bis 9. Okt., für C bis 15. Okt. In der zweiten Spielreihe folgt als 2. Werk: „Herodes und Mariamne" von Hebbel für G am 7. Okt., für J am 11. Okt. und „Der Freischütz", romantische Oper von C. M. von Weber für H am 16. Okt. Einlösung ab 22. Sept. für G bis 1. Okt., für H. bis 6. Okt., für J bis 2. Okt. Die Mitglieder werden gebeten, die angegebenen Termine pünktlich einzuhalten.

Die größte „Kleinkunstbühne" Halles, das „Moderne Theater", bringt in der zweiten Hälfte des Septembers Darbietungen, die man ein Skala-Programm nennen könnte. Elly Riemann singt Arien und Lieder. Goliath, der Mann ohne Schatten, würde ganz übersehen, so dünn ist er, wenn er nicht ein so lustiges Mundwerk hätte. Die Steptänzer Lo und Fred Boorley zeigen eine vollendete Beinkunst und ernten reichen Beifall. Der Clou des Programms ist Klein-Zick, ein Grotesk-Komiker, mit großem artistischen Können. Solche Kräfte sieht man sonst nur in allerersten Varietees. Er kreiselt seinen Körper und stelzt auf Riesenschuhen, daß man bewundernd und lachend Beifall spendet. Die Wienerin Senta Kals bringt Sachen von Benatzky stimmungsgemäß und charmant zum Vortrag. J. und M. Loro lorophonen auf Saxophonen so schön, daß man sie zu einer Zugabe zwingt. Und als Schluß die „Kasernenhofblüten" — eine tolle Geschichte aus vergangenen Tagen — persifliert die Rekrutendrillerei der Preußen, so, daß gewaltige Lachstürme ausgelöst werden.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: W. Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Oktober erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Der Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Einweihung der Bundeslehrschule in Leipzig

Ausschaltung des Rundfunks bei der Rede des Genossen Eberlein.

Am Sonnabend

Am Sonnabend und Sonntag erfolgte in Leipzig die feierliche Einweihung und Uebergabe der Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Zur Eröffnungsfeier war das Gebäude mit Tannengrün und roten Fahnen geschmückt. In der großen Uebungshalle fand die eigentliche Feier statt. Um die große Bühne hatten Fahnendelegationen der Leipziger Vereine Aufstellung genommen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Vertreter der einzelnen Kreise, des Bundes, der Bruderorganisationen, der Behörden, der Gewerkschaften und Parteien bildeten das Plenum für die Feier. Musik- und Gesangsvorträge leiteten die Feier ein. Ein Prolog brachte zum Ausdruck, daß die Arbeitersportlerschaft die Bundesschule der Internationale übergebe. Dann sprach als erster

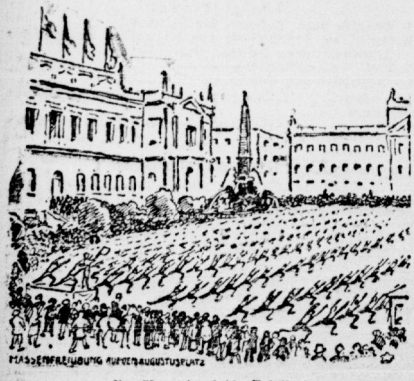
Redner der Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Gellert. Die Losung der Schule sei „Mach Dich frei". Hier sollen die Funktionäre ausgebildet werden, die die Arbeitersportbewegung freimachen von dem Wesen der bürgerlichen Sport-Bewegung. Gellert übergab dem Leiter der Bundesschule, Bendix, den Bau. Bendix ging in seiner Ansprache auf den Werdegang der Schule ein, sprach davon, daß diese Schule der Mittelpunkt der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung werden möge. Nach ihm sprachen Vertreter der Parteien und Gewerkschaften und überbrachten deren Wünsche. Vertreter der städtischen Behörden Leipzigs, der sächsischen Regierung und auch der Schulen folgten und erklärten mit großem Phrasenschwall, wie sie die Arbeitersportbewegung unterstützen werden!? Wie wenig Bedeutung diese Worte haben, zeigte, daß, während alle Reden durch den Leipziger Radio-Sender weitergegeben wurden, der Mitteldeutsche Radio-Sender bei der Rede des Genossen Eberlein, der die Grüße der KPD. und der Komintern übermittelte, behördlicherseits ausgeschaltet wurde, um die Uebermittlung der Rede zu verhindern. Erst nach Beendigung seiner Rede wurde der Sender wieder eingeschaltet.

Nachdem noch Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen gesprochen hatten, dankte Genosse Gellert für alle Glückwünsche, die von vielen Organisationen geschickt waren, u. a. auch von der Roten Sportinternationale, aus Amerika, Belgien usw., auch ein rumänischer Genosse richtete Glückwünsche an den Bund und bat dringend, seinen Namen nicht zu nennen, da er erwarten müsse, daß er deswegen von den Schergen der rumänischen Bourgeoisie verfolgt würde.

Mit einem dreifachen „Frei Heil" und dem Gesang der Internationale war die Feier beendet und die Lehrschule wurde einer eingehenden Besichtigung unterzogen.

Am Sonntag

Die Hauptfeier fand am Sonntag unter lebhafter Beteiligung der Bundesmitgliedschaft aus dem ganzen Reiche statt. Am Sonntag früh trafen die letzten auswärtigen Gäste ein. Besonders zahlreich waren aus den Kreisen die Spielleute vertreten.



Begrüßung durch die Spielleute

Um 10 Uhr trafen sich an vier Stellen der Stadt die Spielmannszüge des Bundes zu einer Demonstration. Tausende von Arbeitern bildeten zu beiden Seiten Spalier. Der Augustusplatz war der Treffpunkt der Züge. Auch hatte sich die Bevölkerung in Massen eingefunden. In dichten Scharen umstanden sie den riesigen Platz. Ueber 4000 Spielleute marschierten hier auf. Nach der Begrüßungsansprache des Bundesobmanns der Spielleute, Genosse Oehlschläger, beherrschte einen Augenblick lautlose Stille den weiten Platz. Der Bundesstabsführer Brgun gab das Zeichen und einheitlich begannen 4000 Spielleute den Bundesmarsch zu schlagen. Dann begaben sich die Spielleute im geschlossenen Zug zum Bundeshaus, um hier das Sturmlied der Arbeitersportler zu spielen.

Eintreffen der Stafetten

Der Nachmittag fand die Arbeitersportler wiederum auf dem Augustusplatz. Turnerinnen und Turner des Bezirks Leipzig zeigten Freiübungen, denen der Vorbeimarsch der Fahnendelegationen aus dem ganzen Bundesgebiet folgte. Gegen 3 Uhr trafen dann die Stafetten mit den Glückwünschen der ausländischen Bruderorganisationen und der durchlaufenen Kreise ein. Zuerst kam die Stafette aus Dänemark an. In kurzen Abständen trafen dann die anderen Stafetten ein, die aus Zürich, Brüssel, Riga, Klagenfurt (Oesterreich) und Breslau kamen. Das pünktliche Eintreffen der Stafetten des internationalen Sternlaufes ist ein Beweis für die gute technische und organisatorische Leistungsfähigkeit auf sportlichem Gebiet. Tausende von Sportlern waren an der Ueberbringung der Stäbe beteiligt. So durcheilte der Stab, der von Riga kam, eine Strecke von 1177 Kilometer, die von 2000 Läufern bewältigt wurde. Als alle Stafetten eingelaufen waren, formierte sich ein **riesiger Demonstrationszug**, der sich durch die Stadt, am Bundesschulgebäude vorbei, zum Vorwärts-Sportplatz bewegte. Etwa 25 000 Turner und Sportler beteiligten sich daran. Zehntausende von Arbeitern umsäumen die Straßen. Ueberall wurden die demonstrierenden Sportler lebhaft begrüßt. Ein Zeichen der Verbundenheit der Arbeitersportbewegung mit der übrigen Arbeiterschaft. In dem Innenraum des Vorwärts-Sportplatzes wurde Aufstellung genommen und bald trafen die Stafettenläufer vom Augustusplatz von einer Abteilung Leipziger Leichtathleten begleitet, ein. Die letzten Läufer der Stafetten verlasen dann die Begrüßungsschreiben der ausländischen Bruderorganisationen und Kreise, die durch 13 Lautsprecher und einen eigenen Sender des Arbeiter-Radio-Klubs Leipzig verbreitet wurden.

Auf dem Sportplatz fanden dann turnerische Uebungen und Spiele statt, die von einer riesigen Zuschauermenge mit Beifall aufgenommen wurden.

*

Die Einrichtungen der Bundeslehrschule

entsprechen den modernsten Anforderungen. Für alles ist Sorge getragen, um den Lehr- und Uebungsbetrieb zu ermöglichen. Das Turnhallengrundstück enthält eine große Turnhalle, die durch eine Rollwand in zwei Räume geteilt werden kann, und die auch eine Vorführungsbühne enthält. Eine Sporthalle mit Weichboden und Sprunggruben sowie allen Einrichtungen zur Schwerathletik, ein Ruderkasten zur Erlernung des richtigen Ruderschlages ergänzen die Uebungsmöglichkeiten. Im Schwimmbadgrundstück interessiert vor allem das Schwimmbad mit einer besonderen Wasserreinigungs- und Wärmeanlage. Ein Turn- und Uebungsplatz von 35×40 Metern mit Anlaufbahnen, Sprunggruben usw. ist ebenfalls vorhanden. Der sportärztlichen Kontrolle der durch die Lehrschule gehenden Turner und Sportler und der Auswertung der praktischen Ergebnisse dient eine ärztliche Beratungsstelle mit Untersuchungs- und Röntgenzentrum. Gut eingerichtet ist auch die photographische Abteilung, in der u. a. Lichtbilder und Filme für Lehrzwecke und Propaganda selbst hergestellt werden. Neben Lehrsälen usw. zur Unterstützung des Lehrbetriebes ist auch für die Unterbringung der Kursisten Sorge getragen durch Schlafräume, Lese- und Aufenthaltsräume, sogar eine besondere Küche ist vorhanden. Zu gleicher Zeit können mehrere Lehrgänge beiderlei Geschlechts abgehalten werden.

25 vierzehntägige Kurse

für alle Sparten will die Bundesleitung jährlich möglich machen und die Kosten für Fahrt und Verpflegung der Kursusteilnehmer auf die Bundeskasse übernehmen.

Mit dieser Lehrschule hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund einen wesentlichen Schritt weiter in der Richtung der Ausbildung der technischen Funktionäre getan, ein Werk ist erstanden, das wesentlich zur Erhöhung der Werbung für den Arbeitersport beitragen wird.

Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark"

Großer internationaler Ringkampf

Rußland — Deutschland

Ländermannschaft „Germania-Jessenitz"

Vorher große Jiu-Jitsu-Kämpfe.

Eintritt 1 Mk. **Arbeitslose 50 Pf.**

Sonnabend, 25. September: Empfang der Russen und großer Variété-Abend im „Volkspark". Eintritt 50 Pf.

Benutzt den Vorverkauf: Steinbrecher & Jasper, „Volkspart" und sämtliche Konsum-Filialen. Der Arbeitsausschuß.

An alle Arbeitersportler!

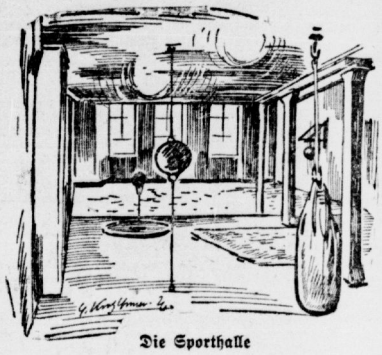
Aus Anlaß des Eintreffens der russischen Ringer in Halle am Sonnabend, dem 25. September, richten wir an alle Arbeitersportler von Halle und Umgegend die Aufforderung, Mann für Mann restlos zu erscheinen. Der Zug trifft abends 6.35 Uhr hier ein. Aufstellung am Thielenplatz. Ebenso tritt der gesamte Spielmannszug der Fichte und Schwimmer geschlossen an. Arbeitersportler, bereitet ihnen, unseren russischen Sportgenossen, einen würdigen Empfang. Tretet in Massen an und bekundet damit, daß wir uns eins fühlen mit unseren russischen Sportgenossen. Ein gewaltiger Massenaufmarsch ist das schönste und beste, was wir ihnen geben können. In diesem Sinne ein herzliches Willkommen.

Arbeitersportkartell Halle, J. A.: K. Oertel.

Fußball

Serienspiele am 26. September

Zeit	Bauender Verein	Gegnerverein	Schiedsrichter
		1. Klasse, Gruppe 1	
4 Uhr	Teutonia 1.	Tretha 1.	Runge, Bruckdorf
4 Uhr	Fortuna 1.	ASC. 1.	Koch, Sportlust
4 Uhr	Ammendorf 1.	Wörmlitz 1.	Stengel, Cröllwitz
		1. Klasse, Gruppe 2	
4 Uhr	Gröbers 1.	Giebichenstein 1.	Schädter, Tretha
½3 Uhr	Cröllwitz 1.	Teicha 1. (Teutonia-Platz)	Stärmer, Sportlust
4 Uhr	Fichte 1.	Lettin 1.	Müller, Sportlust
		1. Klasse, Gruppe 3	
4 Uhr	Bruckdorf 1.	Askania 1.	Pezold, Fichte
½3 Uhr	Sportlust 1.	Minerva 1. (Diemitz-Platz)	Hübler, ASC.
4 Uhr	Sportfreunde 1.	Viktoria 1.	Gneiß, Teicha
	Minerva spielfrei.		
		2. Klasse, Gruppe 1	
4 Uhr	Diemitz 1.	Tretha 2.	Fichte
½3 Uhr	ASC. 2.	Ammendorf 2.	Sportfreunde
½3 Uhr	Fortuna 2.	Teutonia 2.	Askania
		2. Klasse, Gruppe 2	
1 Uhr	Sportlust 2.	Minerva 2. (Diemitz-Platz)	Teicha
4 Uhr	Brachstedt 1.	Bruckdorf 2.	Teutonia
4 Uhr	Askania 2.	Viktoria 2.	Giebichenstein
4 Uhr	Wörmlitz 2.	Zörbig 2.	Tretha
		2. Klasse, Gruppe 3	
½3 Uhr	Fichte 2.	Gröbers 2.	Zörbig
½1 Uhr	Cröllwitz 2.	Lettin 2. (Teutonia-Platz)	Wörmlitz
4 Uhr	Giebichenstein 2.	Teicha 2.	Viktoria
		3. Klasse, Gruppe 1	
11 Uhr	Cröllwitz 1.	Diemitz 2. (Diemitz-Platz)	Gröbers
		3. Klasse, Gruppe 2	
½1 Uhr	Minerva 3.	Viktoria 3.	ASC.
11 Uhr	Cröllwitz 3.	Löbejün 1. (Teutonia-Platz)	Giebichenstein
½1 Uhr	Teicha 3.	Sportlust 3.	Diemitz
3 Uhr	Lettin 3.	Lieskau 1.	Löbejün



Die Sporthalle

	1. Jugendgruppe	
11 Uhr	Fichte 1. — Diemitz 1.	Lettin
11 Uhr	Fortuna 1. — Ammendorf 1	Brachstedt
10 Uhr	Sportlust 1. — Tretha 1. (Diemitz-Platz)	Cröllwitz
11 Uhr	Wörmlitz 1. — ASC. 1.	Minerva
	2. Jugendgruppe	
11 Uhr	Minerva 1. — Bruckdorf 1.	ASC.
½3 Uhr	Teicha 1. — Viktoria 1.	Ammendorf
9 Uhr	Sportlust 2. — Askania 1. (Diemitz-Platz)	Wörmlitz
	Zörbig spielfrei.	
	3. Jugendgruppe	
10 Uhr	Cröllwitz 1. — Wörmlitz 2. (Teutonia-Platz)	Tretha
10 Uhr	Fichte 2. — Viktoria 2.	Teicha

Die Spiele 112, ½3 Uhr, Ammendorf 3. — ASC. 3. (Sportlust) und 114, ½1 Uhr, Fortuna 3. — Brachstedt 2. (Löbejün) fallen aus. Ammendorf und Fortuna erhalten erhalten die Punkte.

Am Sonntag, den 26. September, vormittags 9½ Uhr, finden im „Volkspark" Protestverhandlungen statt. Alle Protestkommissionsmitglieder haben pünktlich zu erscheinen. Zur Verhandlung Askania 1. — Zörbig 1. haben zu erscheinen: Die Spielführer beider Mannschaften, Schiedsrichter Damm (Tölau). Zur Verhandlung Minerva 2. — Brachstedt 1. haben zu erscheinen: Die Spielführer beider Mannschaften, dazu Schiedsrichter Locke (Minerva). J. A.: **W. Kämpler**, Lohmann.

Amtlich. Am Montag, dem 27. September, findet im „Volkspark eine Vorstandssitzung statt.

Die dem 6. Bezirk angehörenden Vereine werden aufgefordert, sich am Sonnabend, dem 25. September, abends auf dem Thielenplatz zwecks Empfang der russischen Sportgenossen (Schwerathleten) einzufinden. Die Ankunftszeit ist 6.35 Uhr. Die Vereine werden ersucht, auf die Serienspieländerungen achtzugeben. J. A.: **Pabst.**

Kegler

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle

Spiele vom 19. September 1926

Osmünde — Halle-Süd Halle 0 : 2

Bitterfeld Gut Schubb — Freie Neune Halle 2 : 0.

Am Sonntag, dem 3. Oktober, finden die Bezirksgruppen-Ausscheidungsspiele um die Bezirksgruppenmeisterschaft statt. Folgende Klubs sind:

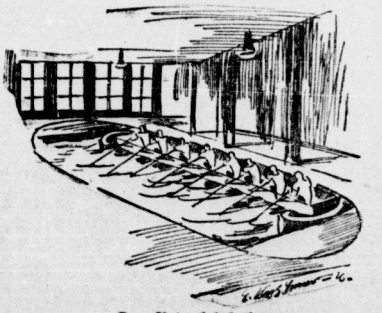
1. und 2. Gruppe: Ammendorf — Freie Neune Halle von 8 bis 1 Uhr;
3. und 4. Gruppe: Passendorf — Freien Lauf Halle von 1 bis 6 Uhr;
5. Gruppe: Einigkeit Groitzsch von 6 bis 9 Uhr.

Diese Spiele werden auf den „Volkspark"-Bahnen ausgetragen, ein nochmaliger Aufruf findet nicht mehr statt.

Spiele für Sonntag, 26. September, im „Volkspark" als Freundschaftsspiele: Freien Lauf Halle — Aschersleben von 8 bis 1 Uhr.

Freiheit Halle — Aschersleben von 1 bis 6 Uhr.

Bezirkssportkommission. J. A.: P. Schlette.



Das Ruderlehrbecken

Vereinsmitteilungen

Turn- und Sportverein Fichte, e. V. Vergnügungsausschuß Donnerstag, 23. Sept., abends ½8 Uhr, Sitzung in der Baracke.

Fichte Ammendorf (Turnabteilung). Sonntag, 26. September, findet die angesetzte Schnitzeljagd statt. Alle Turn- und Sportgenossen treffen sich ½9 Uhr am „Schützenhaus". Alles hat zu erscheinen. Wer unentschuldigt fehlt, wird vom Handballspiel ausgeschlossen. **Die Vereinsspielleitung.**

ASC. (Handball). Donnerstag, abends 8 Uhr, Mannschaftssitzung bei Bannert. Sämtliche Handballer und Handballerinnen haben zu erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Der Spielleiter.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Ortsgruppe Halle. Achtung, Mitglieder! Die angesetzte Tour für kommenden Sonntag nach Freyburg muß laut Beschluß des Sportkartells wegen Erscheinens der Rudermannschaft ausfallen. — Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im „Volkspart" Versammlung. — Bundessportgürtel sind neu eingetroffen. Zu haben bei Albert Kohlmann und Paul Jahnsch.

Hall. Arbeiter-Schachklub. Am Mittwoch, 22. Sept., abends 7.30 Uhr, treffen sich in unserem Vereinslokal, Kl. Klausstraße 7, der neugegründete Arbeiter-Schachklub Wörmlitz-Böllberg und eine komb. hallische Mannschaft zum ersten Wettkampf gegenüber. Auf das Abschneiden der Wörmlitz-Böllberger Mannschaft, die ihr erstes Spiel tiefen, darf man gespannt sein. Gäste willkommen.

Minerva-Platz **Minerva-Platz**

Sonntag, den 26. September, Handball-Großkampftag

Leipzig — Halle

(Städtemannschaften)

2 Uhr Sportlerinnen **3 Uhr Sportler**

Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., Jugend und Erwerbslose 20 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260922-10/fragment/page=0008